

PRESSESPIEGEL



KRITISCHE ISLAMKONFERENZ 2013

Pressekontakt

Margarete Schwind

SCHWINDKOMMUNIKATION Margarete Schwind und Sabine Schaub GbR, Knesebeckstr. 96, 10629 Berlin
030 31 99 83 20 ms@schwindkommunikation.de www.schwindkommunikation.de

PRESSEINFORMATION

"Selbstbestimmung statt Gruppenzwang" ist das zentrale Thema der nächsten **Kritischen Islamkonferenz**. Die öffentliche Veranstaltung findet in Berlin statt und ist eine Initiative der Giordano-Bruno-Stiftung, in Kooperation mit weiteren Organisationen.

KRITISCHE ISLAMKONFERENZ 2013 (öffentlich)

11. bis 12. Mai, Berlin
aF Auditorium Friedrichstraße
Friedrichstrasse 180
(Im Quartier 110)
10117 Berlin

Teilnahmegebühr: 38,- Euro / erm. 28,- Euro

Auftaktveranstaltung am 10. Mai in den Hackeschen Höfen mit dem Kinofilm "Der Iran-Job", anschließend Empfang der Gäste und Konferenzteilnehmer (Eintritt 7,- Euro)

Karten unter <http://kritische-islamkonferenz.de/kartenbestellung/> oder an der Abendkasse.

Die Kritische Islamkonferenz wurde 2008 in bewusster Abgrenzung zur Deutschen Islamkonferenz des Innenministeriums ins Leben gerufen. Bei der öffentlichen Tagung 2013, die unter anderen Fragen der sexuellen Selbstbestimmung, des Islamismus und Rechtspopulismus behandelt, werden neben religionsfreien Islamkritikern auch liberale Muslime Gehör finden. „Um die Gesellschaft gegen die doppelte Bedrohung von politischem Islam und chauvinistischer Fremdenfeindlichkeit zu schützen, bedarf es eines Bündnisses säkularer und liberal-religiöser Kräfte“, betont dazu Dr. Michael Schmidt-Salomon, Vorstandssprecher der Giordano-Bruno-Stiftung.

Für die Veranstaltung konnten bekannte Persönlichkeiten gewonnen werden, darunter Hamed Abdel-Samad, Mina Ahadi, Lale Akgün, Necla Kelek, Arzu Toker, Ali Utlu und Wolfgang Welsch.

Weitere Informationen zum Programm: <http://kritische-islamkonferenz.de>

Sorge wegen „muslimischer Parallelwelt“

Kelek kritisiert Islamkonferenz: „Die Politik ist zu vorsichtig“

Am Dienstagvormittag findet in Berlin die Plenarsitzung der Deutschen Islam Konferenz statt. Im FOCUS-Online-Interview kritisiert die prominente Islamkritikerin Necla Kelek die Tagung, die sich mit den Themen Extremismus und gesellschaftlicher Polarisierung beschäftigt wird.

Die deutsch-türkische Soziologin Kelek machte 2005 Furore mit ihrem teils autobiografischen Buch „Die fremde Braut“, in dem sie aus dem „Inneren des türkischen Lebens in Deutschland“ berichtete und die Zwangsehe anprangerte. Sie profilierte sich mit weiteren Büchern wie „Die verlorenen Söhne“ sowie „Himmelsreise Mein Streit mit den Wächtern des Islam.“

Die in Berlin lebende Migrationsforscherin engagiert sich mittlerweile in der **Kritischen Islam Konferenz**, die am 12. Mai ebenfalls in Berlin stattfinden wird. Hauptthema der 55jährigen Multikulti-Kritikerin sind die auch in Deutschland entstandenen muslimischen Parallelgesellschaften, die insbesondere Mädchen und Frauen wichtige Rechte verwehren.

FOCUS Online: Die Deutsche Islam Konferenz tagt zum vierten Mal in dieser Legislaturperiode. Ist das beim Bundesinnenminister angesiedelte Gremium überflüssig geworden?

Kelek: Nein, an sich lag der Konferenz eine gute Idee zugrunde. Das Ziel war ein offener Dialog über das Zusammenleben mit den Muslimen und ihren Vertretern zu führen. Der Beweggrund waren Fehlentwicklungen, vor allem die mangelnde Integrationsbereitschaft vieler muslimisch stämmiger Bürger. Eine wachsende muslimische Parallelwelt mit dem Anspruch, nach Sitten und Bräuchen des siebenten Jahrhunderts zu leben. Dazu gehört die Trennung von Männern und Frauen in der Gesellschaft. Doch dazu kommt es leider nicht, diese Fragen scheinen für die Politiker nicht wichtig zu sein, die Politik agiert zu vorsichtig, zurückhaltend. Die Sprecher der türkischen und muslimischen Verbände machen Integrationspolitik nach ihren eigenen Wertvorstellungen. Die Inhalte werden aus Ankara von der AKP und der türkischen Religionsbehörde Diyanet oder aus Riad diktiert.

FOCUS Online: Was ist schief gelaufen?

Kelek: Der Grundfehler ist, dass die Islam Konferenz jene Verbände wie den Zentralrat der Muslime und die DITIB einbindet, die weiterhin eher auf Abgrenzung der Muslime als Gruppe setzen. Es ist falsch, dass die deutsche Politik, als Integrationsmodell auf Stärkung der religiösen Gruppenidentität setzt, statt den Einzelnen mit Freiheitsrechten zu stärken. Wichtiger wäre, in einer Bürgergesellschaft, das Individuum zu stärken.

FOCUS Online: Was ist daran falsch, den Kontakt zu den muslimischen Verbänden zu suchen?

Kelek: Nichts. Aber die Islam Konferenz hinterfragt das Gebaren dieser Verbände nicht, etwa wie sie sich finanzieren und welche Inhalte sie vertreten. Als Gegengewicht fehlen in der Diskussion die kritischen Stimmen der säkularen Muslime, die eine Reformbewegung anstreben.

FOCUS Online: Welche Rolle sollte der Bundesinnenminister in diesem Austausch spielen?

Kelek: Der Minister sollte nicht nur moderieren, sondern auch Anforderungen an die vielen praktizierenden Muslime stellen, ganz besonders an jene, die demokratiefeindlich sind. Das Problem des sich ausbreitenden Islamismus ist aktueller denn je. Derzeit wird über den politischen Islam viel zu wenig diskutiert.

FOCUS Online: Das könnte sich nach dem Anschlag von Boston ja wieder ändern...

Kelek: Ja, das wäre auch nötig. Viele Deutsche wie Türken und Araber verschließen die Augen davor, dass der organisierte Islam politisch motiviert ist, nicht spirituell. Die Islamisten bauen sich eine Gegenwelt zur demokratischen Gesellschaft auf und versuchen massiv, Anhänger für ihre Anliegen zu gewinnen. Das führt die islamische Bewegung uns nach den Aufständen in Nordafrika täglich vor.

"Grundsätzlich verfehlt ist es, kulturelle Identitäten zu stärken"

Der Philosoph und Religionskritiker Michael Schmidt-Salomon über Aufklärung als Weltkulturerbe, die Kritische Islamkonferenz und warum "Integrationspolitik" vornehmlich als "Emanzipationspolitik" verstanden werden sollte

Nachdem mehrere Verbände ihre Teilnahme an der Deutschen Islamkonferenz des Innenministeriums abgesagt haben, wird unter dem Motto "Selbstbestimmung statt Gruppenzwang!" am 11. und 12. Mai 2013 in Berlin eine sogenannte "Kritische Islamkonferenz" stattfinden. Mitveranstalter ist der 1967 geborene Philosoph Michael Schmidt-Salomon. Dieser gilt mit seiner These "Warum wir ohne Moral die besseren Menschen sind" als radikaler Kritiker nicht nur der Kirchen, sondern auch des Christentums und der christlich-bürgerlichen Moral.

Die von ihm geleitete Giordano-Bruno-Stiftung versteht sich selbst als Stiftung "zur Förderung des evolutionären Humanismus" und wird überwiegend von Biologen und Wissenschaftstheoretikern beraten. Die Münchner Ortsgruppe rief dieses Jahr zu einem "Hasenfest" auf, um gegen den Feiertag Ostern zu protestieren.

Der Bestsellerautor hat zuletzt mit seiner Streitschrift "Keine Macht den Doofen" die ansonsten unpolitische Philosophieszene aufgemischt. Auf der dazugehörigen Webseite steht, die Schrift wende sich gegen den "globalen Irrsinn" und die "Religiotie".

Nach einem längeren Telefongespräch mit Schmidt-Salomon ließ sich Telepolis-Autor Alexander Dill darauf ein, schriftlich ausgearbeitete Antworten auf seine im Gespräch entstandenen Fragen zu erhalten. Das Ergebnis wird deshalb nicht als Interview, sondern als "Fragen an" bezeichnet.

Humanismus und Aufklärung sind keine exklusiven Kulturgüter des Westens

Was würden Sie zu dem Vorschlag sagen, alle sich als "islamisch" bezeichnenden Länder, Organisationen und Menschen einfach in Ruhe zu lassen. Zu uns kommt doch auch keiner und verhängt Sanktionen, weil unser Bundeskanzler viermal heiratet oder unsere Mädchen nicht in die Koranschule dürfen oder weil Gustl Mollath unschuldig eingesperrt wird?

Michael Schmidt-Salomon: Nun, in einer globalisierten Welt, in der entfernteste Regionen durch vielfältige wirtschaftliche und politische Beziehungen miteinander vernetzt sind, ist es gar nicht möglich, sich nicht einzumischen. Die Frage ist nicht, *ob* wir uns einmischen, sondern *wie* wir uns einmischen. Dass die Kriege, die in den letzten Jahren gegen "islamische Länder" geführt wurden, die Probleme eher verschärft als gelöst haben, ist evident. Dennoch meine ich, dass die Vertreter des deutschen Staates sich auf internationaler Ebene sehr wohl für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen sollten. Das gilt natürlich auch für die Zusammenarbeit mit Ländern unter islamischer Führung.

Wir sollten endlich begreifen, dass Ehrenmorde, Genitalverstümmelungen, Steinigungen von sogenannten "Ehebrecherinnen" oder Hinrichtungen von Schwulen und Apostaten keine

Ausdrucksformen einer "anderen Kultur" sind, sondern Verbrechen, die als solche auch benannt und bekämpft werden müssen. Ich weiß, dass es einige Leute gibt, die einen derartigen Einsatz für die Menschenrechte als "Kulturimperialismus" deuten. Aber das beruht auf einem schwerwiegenden und politisch verheerenden Missverständnis: Denn Humanismus und Aufklärung sind keine exklusiven Kulturgüter des Westens, sondern elementare Bestandteile eines "Weltkulturerbes der Menschheit"!

In diesem Zusammenhang wäre jede westliche Überheblichkeit unangebracht, schließlich verdankt sich der zivilisatorische Aufstieg Europas in der Renaissance-Zeit nicht zuletzt den Impulsen des "muslimischen Kulturkreises", der das reiche Erbe der Antike pflegte, während im "christlichen Westen" jahrhundertlang alles vernichtet wurde, was im Widerspruch zur Bibel stand.

Herr Schmidt-Salomon, Sie erwähnten mir gegenüber, die Beschneidung in Deutschland wäre längst verboten worden, wenn sie nur ein muslimisches Ritual gewesen wäre. Wie bringt unsere Gesellschaft Gerechtigkeit in die gesetzliche Regelung von Religionen, Kulte und Bräuchen?

Michael Schmidt-Salomon: Wir müssen dafür sorgen, dass die säkularen Rechtsnormen für alle gelten. Das gilt selbstverständlich nicht nur für die Achtung der körperlichen Unversehrtheit des Kindes. So dürfte es beispielsweise nicht länger hingenommen werden, dass Angestellte in katholischen Krankenhäusern oder Altenheimen, die 100prozentig öffentlich finanziert werden, ihre Arbeitsstelle verlieren, bloß weil sie einen geschiedenen Partner heiraten, in einer homosexuellen Beziehung leben oder sich zum Recht auf Schwangerschaftsabbruch bekennen. Arbeitsverträge, die derart gravierend in die Grundrechte der Angestellten eingreifen, sind "sittenwidrig", werden aber bislang noch über die Sonderrechte der Religionsgemeinschaften legitimiert.

Kein Wunder, dass die Islamverbände solche Rechte für sich auch sichern möchten. Da wir Muslimen nicht verweigern dürfen, was wir Christen oder Juden zubilligen, stehen wir vor der Alternative, entweder die Privilegien der Islamverbände auf- oder die Privilegien der Kirchen abzurufen. Ich trete hier entschieden für die zweite Option ein, nämlich für den Abbau religiöser Sonderrechte und die klare Trennung von Staat und Religion! Mit einem konsequenten Laizismus ließen sich bereits viele Ungerechtigkeiten vermeiden. Allerdings reicht Laizismus alleine nicht aus, um die Ausbildung problematischer Parallelgesellschaften zu vermeiden. Aus diesem Grund setzen wir mit der "Kritischen Islamkonferenz" auf das Leitbild der "transkulturellen Gesellschaft", die das Individuum aus starren kulturellen Normierungen befreit und es dazu befähigt, kulturelle Vielfalt tatsächlich als Bereicherung statt als Bedrohung zu erleben.

Darf ich Sie so verstehen, dass Sie ein sich durch ständigen Austausch und Vermischung wandelndes, multikulturelles Weltbürgertum als einzige Chance sehen, den Clash of Civilizations zu vermeiden?

Michael Schmidt-Salomon: Tatsächlich wäre schon sehr viel gewonnen, wenn wir endlich einsehen würden, dass es "die deutsche Kultur" ebenso wenig gibt wie "die islamische Kultur" und dass es völlig absurd ist, Individuen auf bestimmte ethnische oder religiöse Gruppenidentitäten zu reduzieren. Interessanterweise weisen Islamisten und Anti-Muslimisten in diesem Punkt große Gemeinsamkeiten auf: Beide fokussieren die Gruppe - nicht das Individuum, beide halten zwanghaft an der "Scholle" ihrer jeweiligen Tradition fest und verteidigen ihr angestammtes kulturelles Getto reflexartig gegen das vermeintlich Feindliche des "Fremden" ("die Ungläubigen" hier - "die Muslime" dort). Dieser Denkungsart treten wir mit der Kritischen Islamkonferenz entgegen, indem wir aufzeigen, dass wir allesamt "kulturelle Mischlinge" sind, die von der Erfahrung der "Anderen" enorm profitieren.

Sind Menschen mit ethnischen und religiösen Abgrenzungswünschen nun Angsthäsen in der Welt postmoderner Unübersichtlichkeit oder aber heroische Widerständler? Immerhin gehört doch heute Mut dazu, etwa die Existenz Gottes, hierarchische Familienordnungen oder Einwanderungsquoten zu fordern.

Michael Schmidt-Salomon: Das kann man so oder so sehen. Fakt ist aber: Wer es nicht gelernt hat, seine eigenen traditionellen Borniertheiten zu überwinden, fühlt sich einer Welt, in der der Wandel zum Dauerzustand geworden ist, von dem großen Angebot alternativer Lebensstile schnell überrollt. Der aus dieser Überforderung resultierende Hass gegenüber dem "Fremden" ist eine der zentralen Grundlagen des sogenannten "Kampfs der Kulturen", der von Rechtsextremisten unterschiedlichster Couleur, von Islamisten wie von Anti-Muslimisten, kräftig befeuert wird. Leider hat die offizielle Politik dazu kein Gegenmittel gefunden, sondern durch eine fehlgeleitete Integrationspolitik dazu beigetragen, dass die Individuen auf religiöse oder ethnische Gruppenidentitäten festgenagelt werden, was die Emanzipation des Einzelnen behindert und die Entwicklung von Parallelgesellschaften fördert.

Eine rationale, humanistische Kritik am Islamismus darf nicht mit fremdenfeindlichem Anti-Muslimismus verwechselt werden

Sie sehen eine Analogie zwischen Anders Breivik und den Attentätern von Boston. Diese entziehen sich ja den geheimdienstlich erfassbaren Strömungen eines vernetzten Terrorismus und wachsen völlig isoliert inmitten unseres Alltags heran. Worauf sollten wir also achten, wenn wir derartige Gewaltpotentiale präventiv identifizieren möchten?

Michael Schmidt-Salomon: Solche Attentate werden wir nicht verhindern können - es sei denn, wir würden einen totalen Überwachungsstaat einrichten, der all die Freiheiten untergräbt, die durch ihn geschützt werden sollen. Totale staatliche Kontrolle kann also beim besten Willen nicht die Lösung sein! Wir können als Gesellschaft aber durchaus im Vorfeld einiges dafür tun, dass sich die Individuen nicht so schnell in das Kokon einer zweifelhaften Gruppenidentität einkapseln. So wäre es hilfreich, wenn "Integrationspolitik" künftig vornehmlich als "Emanzipationspolitik" verstanden würde. Schließlich geht es nicht darum, "fremde Kulturen" in eine wie auch immer geartete "deutsche Kultur" zu integrieren, sondern den einzelnen Individuen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Hierzu ist es notwendig, die Sprachkompetenz und Bildung der Betroffenen zu stärken, ihnen zu vermitteln, welche Rechte und Pflichten sie in einem modernen Verfassungsstaat besitzen, und alle Formen von Diskriminierung abzubauen, die in Deutschland noch immer existieren.

Grundsätzlich verfehlt ist es, "kulturelle Identitäten" zu stärken, die die individuelle Emanzipation und das verträgliche Zusammenleben der Menschen eher behindern als fördern. Mit einer solchen Politik spielt man den Gegnern der offenen Gesellschaft, sowohl Islamisten als auch Anti-Muslimisten, in die Hände.

Mir geht es so, dass ich dem Begriff "Islamist" nicht traue. Das ist ein politischer Kampfbegriff, der vielfach dazu verwendet wird, den Islam zu diskriminieren. Sie haben mir dann widersprochen und gesagt: "Der Islamismus ist die politische Form des Islam." Mir graut bei diesem Satz vor weiteren Attentaten und Kriegen gegen vermeintliche "Islamisten".

Michael Schmidt-Salomon: Es wäre schön, wenn der Islamismus nur ein Kampfbegriff der Gegenseite wäre, tatsächlich aber gibt es weltweit starke Strömungen sowohl unter den Sunniten wie auch den Schiiten, die explizit darauf abzielen, sämtliche gesellschaftlichen Institutionen

islamischen Regeln zu unterwerfen, was im Erfolgsfalle nahezu alle Errungenschaften der Moderne zunichtemachen würde.

Die heiligen Texte des Islam entstammen nun einmal einer früheren Zivilisationsstufe der Menschheit, weshalb es nicht verwunderlich ist, dass es ihnen weder unverletzliche Menschenrechte gibt noch die Gleichberechtigung von Mann und Frau, weder das Verbot religiöser Diskriminierung noch die Gewährung von Meinungs-, Presse-, Kunst- und Forschungsfreiheit. Dementsprechend müssen der Koran und die Hadithe zeitgemäß gedeutet werden, um nicht im krassen Widerspruch zu modernen Verfassungswerten zu stehen. Eine solche Neuinterpretation lehnen Islamisten jedoch rigoros ab. Deshalb wäre jedes Zugeständnis an ihre Adresse, etwa eine Akzeptanz von Scharia-Gerichten, ein Verrat an den Idealen der Aufklärung, auf denen der moderne Rechtsstaat gründet.

Allerdings: Eine solche rationale, humanistische Kritik am Islamismus, die die Menschenrechte gegen eine vormoderne, patriarchale Vorschriftenreligion verteidigt, darf nicht mit fremdenfeindlichem Anti-Muslimismus verwechselt werden, der die Menschenrechte durch den Ausschluss und die Diskriminierung der "Anderen" ebenfalls untergräbt. Deshalb wenden wir uns mit der Kritischen Islamkonferenz gegen beide Strömungen, sind also kritisch im doppelten Sinne: Einerseits halten wir den Propagandisten und Verteidigern des politischen Islam entgegen, dass die Religionsfreiheit kein Freibrief ist, sich über die grundlegenden Werte des säkularen Rechtsstaates hinwegzusetzen, andererseits grenzen wir uns von jenen ab, die die notwendige Kritik an freiheitsfeindlichen Entwicklungen innerhalb der "muslimischen Community" missbrauchen, um fremdenfeindliche Ressentiments zu schüren.

Mehrere islamische Organisationen in Deutschland wurden verboten, weil sie zur Unterstützung von Gewalt aufriefen. Müsste so ein Verbot nicht auch für andere Organisationen, etwa für den Zentralrat der Juden in Deutschland, gelten, der doch öffentlich die Unterstützung für Rassismus und gezielte Tötungen in Israel fordert?

Michael Schmidt-Salomon: Ich bin zwar mit manchen Verlautbarungen des Zentralrats der Juden ganz und gar nicht einverstanden und denke auch, dass er die liberalen und säkularen Juden in Deutschland nur höchst unzureichend vertritt, sehe aber beim besten Willen keinen vernünftigen Grund dafür, den Zentralrat zu verbieten.

Mit Ihrer Frage spielen Sie ja wahrscheinlich darauf an, dass der Zentralrat der Juden die Politik Israels im Nahostkonflikt unterstützt. Das ist ein sehr komplexes Thema, das man nicht mit ein paar einfachen Sätzen abhandeln kann. Eine Anmerkung dazu möchte ich mir dennoch erlauben: Meines Erachtens zeigt der Nahostkonflikt sehr deutlich, welch verheerende Folgen es haben kann, wenn vermeintliche Gruppenidentitäten im Zentrum der Politik stehen - statt die Interessen der Individuen. Glücklicherweise melden sich aber sowohl unter den Israelis als auch unter den Palästinensern zunehmend Menschen zu Wort, die dieses verhängnisvolle Ingroup-Outgroup-Denken durchbrechen. Ich verweise hier nur auf das bahnbrechende Buch von Shlomo Sand "Die Erfindung des jüdischen Volkes. Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand".

Kinder haben ein Anrecht darauf, vorurteilsfrei in die Welt eingeführt zu werden

Sie erwähnten, unser Staat müsse vor allem auch für die Erziehung der Kinder sicherstellen, dass diese nicht religiös indoktriniert und radikalisiert werden. Ist die Schule nicht bereits jetzt damit überfordert, die Lebens- und Denkgewohnheiten der Familien zu beeinflussen?

Michael Schmidt-Salomon: Zweifellos ist unser Schul- und Bildungssystem im höchsten Maße reformbedürftig, wie ich u.a. in meinem Buch "Keine Macht den Doofen" dargelegt habe. Das ändert aber nichts daran, dass die Schulen die wichtigsten Orte sind, um Kinder auf das Leben in einer pluralen Gesellschaft vorzubereiten. Ich meine, dass Kinder ein Anrecht darauf haben, vorurteilsfrei in die Welt eingeführt zu werden und verschiedene Perspektiven kennenzulernen, mit deren Hilfe sie ihre eigene Sicht der Dinge entwickeln können, ohne von vornherein ideologisch in eine bestimmte Richtung gedrängt zu werden.

Schülerinnen und Schüler sollten in die Lage versetzt werden, ihre jeweiligen Vorstellungen von gutem Leben, Ethik und Moral kritisch zu hinterfragen. Statt als Gefangene vorgegebener kultureller Traditionen sollten sie sich als aktive Gestalter der eigenen Zukunft begreifen, die die Freiheit besitzen, den gesamten Kulturschatz der Menschheit zu nutzen, um tragfähige Konzepte für das eigene Leben zu entwickeln. Um eine solche transkulturelle Perspektive zu etablieren, wäre die Einführung eines allgemein verbindlichen, religions- und weltanschauungskundlichen Faches sinnvoll, in dem die Schülerinnen und Schüler nicht mehr nach ihren jeweiligen Herkunftsfamilien selektiert werden, sondern gemeinsam nach fairen Lösungen für Interessenskonflikte suchen können. Bundesweit werden wir ein solches Schulfach allerdings in absehbarer Zeit nicht sehen, denn die beiden Großkirchen werden nicht freiwillig auf ihr Privileg verzichten, Kinder und Jugendliche im Rahmen des staatlich finanzierten Religionsunterrichts weltanschaulich manipulieren zu dürfen.

Von Nietzsche stammt der Satz: "Nicht ihre Menschenliebe, ihre fehlende Menschenliebe hindert die Christen daran - uns alle zu verbrennen." Ist also das Christentum noch immer nur durch seine Inkonsequenz erträglich?

Michael Schmidt-Salomon: Man kann es als "Inkonsequenz" bezeichnen oder auch etwas positiver als "Anpassungsfähigkeit". Klar ist: Trotz der freundlichen Passagen der Bergpredigt, für die man durchaus auch Entsprechungen im Koran findet, sind die Quellentexte des Christentums nicht humaner als die des Islam. Denken Sie nur an die groteske Vernichtungssorgie der Johannes-Offenbarung oder an die messianische Androhung ewiger Höllenqualen, gegen die jede irdische und damit endliche Strafmaßnahme verblassen muss.

Was die Herabsetzung und Verächtlichmachung Andersdenkender betrifft, steht die Bibel dem Koran in nichts nach. Allerdings gibt es einen bedeutsamen Unterschied: Anders als der Islam musste das europäische Christentum durch die "Dompteurschule der Aufklärung" gehen. Dadurch waren die Theologen gezwungen, ihre Interpretationen immer wieder neu an die sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnisse anzupassen. Freiwillig hätten sich die Kirchen wohl nicht zu Demokratie, zu Menschenrechten, zur Gleichberechtigung von Mann und Frau bekannt, all das musste ihnen in einem harten Emanzipationskampf abgerungen werden. Und genau das steht uns nun auch im Fall des Islam bevor.

Glücklicherweise müssen wir hier nicht bei null anfangen, denn viele säkulare und liberale Muslime vertreten längst mit großem Mut und Engagement humanistisch-aufklärerische Positionen. Auch das wird die Kritische Islamkonferenz sehr deutlich zeigen. Sollten sich diese progressiven Kräfte irgendwann einmal durchsetzen können, gäbe es auf muslimischer Seite keine Zwangsheiraten mehr, keine Ehrenmorde, keine Hassprediger, keine Attentate, Homosexuelle würden respektiert werden, Juden und Ungläubige auch, und das Kopftuch wäre tatsächlich nur ein Lifestyle-Produkt. Doch von solchen Verhältnissen sind wir leider noch immer weit entfernt. Deshalb sind Veranstaltungen wie die Kritische Islamkonferenz unverzichtbar.

Islamkonferenz vs. kritische Islamkonferenz

„Selbstbestimmung statt Gruppenzwang!“

Unter diesem Motto steht die hochkarätig besetzte, öffentliche Tagung der **Kritischen Islamkonferenz 2013**, die vom 11.-12. Mai in Berlin stattfinden wird.

Aufmerksame Leser, die unsere Berichte seit langem verfolgen, werden einige der Mitwirkenden bereits kennen:

Hamed Abdel-Samad, Mina Ahadi, Lale Akgün, Seyran Ates, Ali Dogan, Necla Kelek, Hartmut Krauss, Philipp Möller, Volker Panzer, Michael Schmidt-Salomon, Markus Tiedemann, Arzu Toker, Ali Utlu, Wolfgang Welsch u.v.m.

Themen sind u.a.

-Auf dem Weg zu einem zeitgemäßen Islam?

-Integration durch Stärkung der religiösen Identität?

-Islam, Emanzipation und sexuelle Selbstbestimmung

-Islamismus, Antimuslimismus, Fremdenfeindlichkeit

Die gerade stattgefundene *Islamkonferenz* hatte ebenfalls ein breites Themenfeld, welches sich jedoch sowohl in der Durchmischung der Teilnehmer unterscheidet, als auch bei den gesellschaftlichen (sprich muslimischen) Interessen.

Es geht um islamischen Religionsunterricht, die Rolle der Frau, die Forschung und Lehre zu islamischer Theologie an deutschen Universitäten und natürlich auch um Sicherheitsfragen.

Die muslimischen Teilnehmer der *Deutschen Islamkonferenz* üben harsche Kritik an Innenminister Friedrich. Der CSU-Politiker habe die Themen Terrorismus und Sicherheit in den Mittelpunkt der Gespräche gerückt.

Im ersten Fall, der „*kritischen Islamkonferenz*“ geht es also um eine (selbst-) kritische Betrachtung des Islams in der heutigen Zeit, im Interesse eines friedlichen und gleichberechtigten Miteinanders.

Im zweiten Fall, der „*Islamkonferenz*“ geht es (mal wieder) vorrangig um die Interessen der muslimischen Community.

In Fragen der Sicherheit geht es den muslimischen Teilnehmern der Islamkonferenz ganz offensichtlich (wen wundert es, wo doch gerade der NSU-Prozess läuft) um die eigene Sicherheit, denn bisher hat es keiner der islamischen Vereine geschafft, offen Bereitschaft zur Bekämpfung des radikalen Islams in Deutschland zu signalisieren.

Dass es Herrn Friedrich jedoch vorrangig genau um dieses Thema ging, war den Damen und Herren wohl ein Dorn im Auge.

Da wirft sich (nicht nur mir) die Frage auf, wozu brauchen wir eine solche Konferenz?

Ist es nicht sinnvoller, im Interesse aller, sich, wie es bei der *"kritischen Islamkonferenz"* geschieht, auch wirklich kritisch mit dem Thema Islam in unserer Zeit und Gesellschaft auseinander zu setzen?

Bringt es uns nicht einander näher und dient der Stärkung unserer Gesellschaft mehr, wenn man sich darüber Gedanken macht, was auf BEIDEN Seiten schief läuft, statt ständig nur Forderungen aufzustellen?

Ist es verwunderlich, wenn der Eindruck entsteht, dass die Fremdenfeindlichkeit zunimmt, die in Wahrheit gar keine ist, sondern nur die Äußerung berechtigter Angst vor Radikalität und dem wachsenden Einfluss undemokratischer Organisationen, wenn sich nicht endlich ein Herr Kolat oder ein Herr Mazyek offen auf die Seite der ganzen Gesellschaft stellen und Kritik als das verstehen, was sie ist?!

Solange die muslimischen Gemeinden ihr ewig quängelndes, selbstgerechtes Verhalten nicht ändern, wird uns keine Islamkonferenz etwas bringen - eine *"kritische Islamkonferenz"* jedoch, besetzt mit klugen Köpfen, denen unsere Gesellschaft am Herzen liegt, ist der richtige Weg und ein Hoffnungsschimmer!

Islam-Debatte

Angst vor Vereinnahmung

Standen auf der Gästeliste der letzten **Kritischen Islamkonferenz** noch vornehmlich religionsfreie Islamkritiker, werden nun auch Vertreter eines liberalen Islam sprechen.

Dass die erste **Kritische Islamkonferenz** (KIK) vom „Zentralrat der Ex-Muslime“ organisiert wurde, hat man ihr als Geburtsfehler angerechnet. Den Initiatoren des Forums ging es 2008 in Köln darum, sich nicht länger vereinnahmen zu lassen. Mina Ahadi, eine der Gründerinnen der KIK, erklärte damals, nicht jeder, der aus einem muslimischen Land käme, sei deshalb auch ein gläubiger Muslim. Ahadi, die im Iran geboren wurde und dort Medizin studierte, bis ihr Protest gegen und die Verfolgung durch das Mullah-Regime sie zur Flucht zwangen, sah sich selbst als bestes Beispiel für diese Regel. Es empörte sie, dass islamische Vereine und Verbände sich das Recht nahmen, für dreieinhalb Millionen Muslime in Deutschland sprechen zu dürfen.

Die Kritische Islamkonferenz wollte sich also um keinen Preis gemein machen mit einer institutionalisierten Form des Islam. Man verstand den Zentralrat der Ex-Muslime als gezielte und gelungene Provokation. Inzwischen hat sich die Provokation erschöpft. Man will sich öffnen, auch für liberale Muslime. Standen auf der Gästeliste der letzten Kritischen Islamkonferenz noch vornehmlich religionsfreie Islamkritiker, werden nun auch Vertreter eines liberalen Islam sprechen. Man will die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde verteidigen: den politischen Islam und die „chauvinistische Fremdenfeindlichkeit“.

Ein zeitgemäßer Islam, Integration, Emanzipation und sexuelle Selbstbestimmung – die KIK nimmt einen ganzen Themenpool zum Anlass, der Vorgängerveranstaltung am Wochenende in Berlin eine neue Diskussionsrunde folgen zu lassen. Die Kritische Islamkonferenz versteht sich dabei als alternatives Dialogforum, das bewusst die Abgrenzung zur regierungsamtlich organisierten Islamkonferenz sucht.

Nach der Sarrazin-Debatte, den geopolitischen Erschütterungen der arabischen Revolution, dem Erstarken der Salafisten und der gut gemeinten, aber letztlich kontraproduktiven Einführung des Islamunterrichts sei es an der Zeit, den aufklärerischen Impuls aufzufrischen, heißt es im Veranstaltungsflyer.

Die teilnehmenden Politiker und Wissenschaftler sind eingeladen, unter dem Motto „Selbstbestimmung statt Gruppenzwang“ Wege einer erfolgreichen Integration zu debattieren. Dem zeitgemäßen Islam solle die Emanzipation des Einzelnen und die Entpolitisierung der islamischen Religionsgemeinschaften vorausgehen. Integration könne eben nicht durch eine Stärkung der religiösen Identität gelingen, sagt Michael Schmidt-Salomon, Vorstandssprecher der für die Veranstaltung mitverantwortlichen Giordano-Bruno-Stiftung. „Die deutsche Islam- und Integrationsdebatte krankt daran, dass die Individuen auf religiöse oder ethnische Gruppenidentitäten reduziert werden, was die Emanzipation des Einzelnen behindert und die Entwicklung von Parallelgesellschaften fördert. Seltsamerweise arbeiten Islamisten und Muslimhasser hier Hand in Hand: Beide fokussieren die Gruppe, nicht das Individuum.“

Mi 08 Mai 2013

Erste Eindrücke der KIK (kritische Islamkonferenz)

Sonstiges



Ein zeitgemäßer Islam, Integration, Emanzipation und sexuelle Selbstbestimmung – die KIK nimmt einen ganzen Themenpool zum Anlass, der Vorgängerveranstaltung am Wochenende in Berlin eine neue Diskussionsrunde folgen zu lassen. Die Kritische Islamkonferenz versteht sich dabei als alternatives Dialogforum,

das bewusst die Abgrenzung zur regierungsamtlich organisierten Islamkonferenz sucht. Nach der Sarrazin-Debatte, den geopolitischen Erschütterungen der arabischen Revolution, dem Erstarken der Salafisten und der gut gemeinten, aber letztlich kontraproduktiven Einführung des Islamunterrichts sei es an der Zeit, den aufklärerischen Impuls aufzufrischen, heißt es im Veranstaltungsflyer.

"Dort sitzen nur Traditionalisten und Ultra-Orthodoxe"

Liberaler Muslimin Lale Akgün (SPD) kritisiert offizielle Islamkonferenz

Vor Beginn der "Kritischen Islamkonferenz" in Berlin hat die frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün beklagt, dass sich der deutsche Staat im Dialog mit dem Islam lediglich auf orthodoxe und traditionalistische Gruppen als Ansprechpartner konzentriere.

Leider saßen in der offiziellen, vom Bundesinnenminister initiierten Islamkonferenz nur Traditionalisten und Ultra-Orthodoxe, sagte Akgün. So hätten die orthodoxen Verbände "seit fünf Jahren die Möglichkeit, ihre Position klarzumachen und vor allem als die einzig wahre zu verkaufen". Sie dagegen wolle morgen auf der Kritischen Islamkonferenz "sehr deutlich" sagen, dass es auch liberale Muslime gebe, die bereit seien, den Koran zu reformieren. "Es gibt Reformmuslime, Muslime, die sagen, die Religion lässt sich selbstverständlich mit dem modernen Rechtsstaat vereinen, wenn die Religion sich verändert", so die frühere SPD-Bundestagsabgeordnete.

Akgün kritisierte ferner, die Politik sei jahrelang der falschen Hoffnung hinterhergelaufen, man könne die Menschen über ihre Gruppenidentität als Muslime integrieren. "Sie meinen, wenn man die Gruppenidentität als Moslem stärkt, könnte man auch die Integration besser vorantreiben." Es sei jedoch wichtig, "den Bürger im Mittelpunkt des Geschehens und des staatlichen Verständnisses zu sehen und dafür zu sorgen, dass der Bürger mit seinem Glauben in dieser Gesellschaft seinen Platz findet".

Viele in Deutschland hätten das Gefühl, man dürfe sich nicht kritisch zum Islam äußern, ohne gleich in eine bestimmte, islamfeindliche Ecke gestellt zu werden, so die türkischstämmige Politikerin. "Das führt dazu, dass eben alles latent hier herrscht (...) Alles, was unterdrückt wird, tabuisiert wird, kommt irgendwo an einer anderen Ecke latent oder nicht-latent wieder raus. Und das schafft eigentlich ein ganz, ganz unfreundliches Klima in diesem Land ". Mit einer offenen Diskussion komme man dagegen viel weiter.



EMMA

das politische Magazin von Frauen

[HOME](#) [HEFTE](#) [KAMPAGNEN](#) [ÜBER EMMA](#) [PRESSESPIEGEL](#) [ABO](#) [SHOP](#) [SERVICE](#)

[Lebenslagen](#) [Sexualpolitik](#) [Bildung & Beruf](#) [Körper & Psyche](#) [Staat & Gesellschaft](#) [Recht](#)

EMMA > Kritische Islamkonferenz gegen Islamismus

EMMAonline 10.5.2013

11.+12. MAI IN BERLIN

Kritische Islamkonferenz gegen Islamismus

Vier Tage nach der „Deutschen Islam Konferenz“, die alljährlich vom Innenminister einberufen wird, findet an diesem Wochenende in Berlin die zweite „Kritische Islamkonferenz“ statt. Während die offizielle Islamkonferenz sich vor allem an organisierte Muslime wendet, debattieren bei der alternativen Konferenz unabhängige Individuen, darunter mehrere Deutsch-Türkinnen: von der Soziologin Necla Kelek über die Juristin Seyran Ates bis zu der Psychologin und SPD-Politikerin Lale Akgün. Und auch der Generalsekretär der Aleviten in Deutschland, Ali Dogan; der Ägypter Hamed Abdel-Samad sowie die Iranerin Mina Ahadi debattieren über den „Weg zu einem zeitgemäßen Islam“ und das Ziel einer „Selbstbestimmung statt Gruppenzwang“. Ahadi hatte vor fünf Jahren in Köln die erste „Kritische Islamkonferenz“ organisiert.



Das Problem bei der offiziellen Islam-Konferenz ist, dass sie sich in erster Linie an organisierte Muslime wendet. Diese Vertreter eines politisierten Islam aber stehen erstens nur für 5-10 % aller MuslimInnen in Deutschland und zweitens unter dem Einfluss ihrer Geldgeber in der Türkei und in Saudi-Arabien. Resultat ist die Bestärkung von Parallelgesellschaften, also das Gegenteil von Integration.

„Es ist falsch, dass die deutsche Politik als Integrationsmodell auf Stärkung der religiösen Gruppenidentität setzt, statt

die Freiheitsrechte des Einzelnen zu stärken“, erklärte Necla Kelek, die an beiden Tagen der Konferenz sprechen wird. „Denn der organisierte Islam ist politisch motiviert, nicht spirituell.“

Thema im Forum diskutieren

Veranstaltet wird diese so überfällige Initiative für eine kritische Öffentlichkeit des demokratischen Islam von der Giordano-Bruno-Stiftung. Deren Vorsitzender, der deutsche Philosoph Michael Schmidt-Salomon, eröffnet am Samstag die Konferenz.

Kritische Islamkonferenz 2013 in Berlin

"Selbstbestimmung statt Gruppenzwang!"

Am 11. und 12. Mai wird in Berlin die Kritische Islamkonferenz 2103 stattfinden. Sie steht unter dem Motto "Selbstbestimmung statt Gruppenzwang" und grenzt sich bewusst gegen die Deutsche Islamkonferenz der Bundesregierung ab.

Hier soll liberalen Muslimen eine Plattform gegeben werden, die sich in unserer Gesellschaft in einem Spannungsfeld befinden, das durch die Bedrohung durch den politischen Islam einerseits und Fremdenfeindlichkeit andererseits besteht.

Am Freitagabend den 10. Mai wird zur Einstimmung im Kino Hackesche Höfe ein Film mit dem Titel ["Der Iran Job"](#) gezeigt.

Veranstaltungsort für die eigentliche Konferenz ist das Auditorium Friedrichstrasse, sie beginnt am Samstagmorgen um 9:30, die Eröffnungsrede hält Michael Schmidt-Salomon. Folgende Redner werden unter anderem erwartet:

- Hamed Abdel-Samad
- Lale Akgün
- Necla Kelek
- Arzu Toker
- Seyran Ates
- Mina Ahadi
- Hartmut Krauss

Es werden dabei Themen angesprochen wie 'Vom Sinn und Unsinn der deutschen Islamkonferenz', 'Der Islam braucht eine sexuelle Revolution', oder 'Widerstand gegen den politischen Islam'. Gegen 18:20 wird der Tag mit einer Podiumsdiskussion abgeschlossen.

Mitwirkende: Hamed Abdel-Samad, Mina Ahadi, Lale Akgün, Seyran Ates, Ali Dogan, Necla Kelek, Hartmut Krauss, Philipp Möller, Volker Panzer, Michael Schmidt-Salomon, Markus Tiedemann, Arzu Toker, Ali Utlu, Wolfgang Welsch u.v.m.

Am Sonntag eröffnet wiederum Michael Schmidt-Salomon das Tagesprogramm, es folgen dann verschiedene Themenblöcke zum Thema 'Transkulturelle Gesellschaft', das Ende der Konferenz wird mit der Verabschiedung der Erklärung des Jahres 2013 gegen 13:30 erreicht sein.

ARD[®] Mediathek Mediensuche nach Sendung, Podcast

Übersicht Fernsehen Radio Sendung verpasst? ▼



00:00:02 / 00:05:46

▶ Einstellungen S M

Clip empfehlen f t +

Kritische Islamkonferenz

Bewerten
★★★★★
Ihre Meinung?

▼ Information

Die Vertreter der muslimischen Verbände hatten in der vergangenen Woche Innenminister Friedrich und die Islamkonferenz kritisiert. An diesem Wochenende findet in Mitte eine publikumswirksame Gegenveranstaltung statt - die Kritische Islamkonferenz. Zu Gast im Studio: Lale Akgün, SPD.

Quelle: **Rundfunk Berlin-Brandenburg**

Link zur Mediathek: <http://www.ardmediathek.de/rbb-fernsehen/abendschau/kritische-islamkonferenz?documentId=14549710>

Kritische Islamkonferenz gegen Islamisten

Man darf auch konservativ sein

Unter den Menschen, die aus muslimischen Ländern nach Deutschland gekommen sind, gibt es viele, die religiös eher ungebunden sind. Die Islamkonferenz, zu welcher der Innenminister jedes Jahr einlädt, trägt dieser Tatsache Rechnung: Die Mehrheit besteht dort aus ausgewählten Einzelpersonen, die vom Minister persönlich geladen werden. Die Vertreter der großen Islamverbände stellen nur eine Minderheit.

Den Teilnehmern der „kritischen Islamkonferenz“, die sich am Wochenende in Berlin trafen, geht selbst das schon zu weit. Sie stört, dass das deutsche Grundgesetz den Religionsgemeinschaften zahlreiche Privilegien zugesteht, die auch den konservativen Islamverbänden zugute kommen.

Statt aber die deutsche Verfassung infrage zu stellen, konzentrieren sie sich lieber darauf, den Konservatismus dieser Islamverbände zu kritisieren. Das ist viel einfacher, denn darüber lässt sich schnell Einigkeit erzielen.

Schön, dass sich die „kritische Islamkonferenz“ inzwischen von rabiatischen Muslimhassern abgrenzt. Das war nicht immer so. Doch ihr Motto „Selbstbestimmung statt Gruppenzwang“ klingt nur oberflächlich gut. Denn was Selbstbestimmung ist, möchte man am liebsten selbst bestimmen. Die eigenen Ansichten schwerer zu gewichten als die jener Menschen, die sich aus freien Stücken einer Religionsgemeinschaft zugehörig fühlen, spricht aber für ein merkwürdiges Demokratieverständnis: Es ist blanker Paternalismus.

Man muss die konservativen Islamverbände nicht mögen. Aber man kann ihren Mitgliedern nicht absprechen, ihre Religion so zu leben, wie sie es wollen. Man darf hierzulande auch als Muslim konservativ sein – die Islamverbände stehen damit ganz auf dem Boden der deutschen Verfassung. Bei manchem „Islamkritiker“ kann man sich da nicht so sicher sein.

Alle Klischees an Bord! Berliner Konferenz zelebriert das Feindbild Islam

Am Wochenende fand in Berlin die zweite »Kritische Islamkonferenz« statt. Um die Emanzipation von Migranten und die Zurückweisung von Muslimfeindlichkeit ging es entgegen der Ankündigung nicht. Stattdessen zelebrierte man bekannte Feindbilder.

»Hätten sie gedacht, dass die Ates Muslim ist?«, wundert sich eine Frau am Teestand des Berliner Auditoriums Friedrichstraße. Hinter ihr liegt eine Steinigungsszene, laminiert in A 3-Format. Zwei Augen blicken durch einen Burka-Sehschlitz mit retuschierten Gitterstäben. »Ja, aber gegen das Kopftuch ist sie schon, oder?«, beruhigt sie eine Freundin. »Du auch mit Zucker?«

Die Frauenrechtlerin und Islamkritikerin Seyran Ates, deren Gläubigkeit in der Kaffeepause Verwirrung stiftete, war eine von rund 20 Journalisten, Politikern und Menschenrechtlern, die sich am Wochenende zur zweiten »Kritischen Islamkonferenz« zusammenfanden. »Der doppelten Bedrohung von politischem Islam und chauvinistischer Fremdenfeindlichkeit« wollte man sich entgegenstellen, versprach Veranstalter Michael Schmidt-Salomon von der atheistischen Giordano-Bruno-Stiftung zu Beginn der zweitägigen Konferenz. Ein Anspruch, den die Veranstaltung bestenfalls zur Hälfte erfüllte.

»Wir sind nach Deutschland gekommen um Freiheit zu genießen, nicht um von fanatischen Islamverbänden vertreten zu werden«, kritisierte die iranische Exil-Oppositionelle Mina Ahadi die Zusammensetzung der Deutschen Islamkonferenz (DIK). Einen »Scharia-Islam« ermögliche diese durch ihre Kooperation mit Islamverbänden, fand auch die Soziologin Necla Kelek und forderte die Überprüfung »jedes einzelnen Moscheebaus«.

Es war nicht das einzige Mal, dass die Positionen jenen von rechtspopulistischen Gruppierungen zum Verwechseln ähnlich waren: Von den Anschlägen in Boston bis zu Koran-Suren über Gewalt gegen Frauen, von der Verfolgung Homosexueller im Iran bis zur Kopftuch-Erlaubnis in Schulen in NRW war alles irgendwie Islam.

Dabei wollten es die Veranstalter es eigentlich besser machen als vor fünf Jahren. Damals hatte Ralph Giordano noch vor der "schleichenden Islamisierung" warnen und die Abschiebung des in Aachen geborenen Vorsitzenden des Zentralrates der Muslime, Aiman Mazyek, fordern können. Nun diskutierten auch Muslime mit. Mit der Alevitischen Gemeinde gehörte erstmals eine islamische Organisation zu den Veranstaltern - auch wenn, wie dessen Vertreter Yilmaz Kahraman betonte, »die meisten Muslime Aleviten nicht als Muslime bezeichnen würden«.

Trotzdem war das Motto der Veranstaltung »Selbstbestimmung statt Gruppenzwang« wohl nicht als Selbstbekenntnis gemeint: Die ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün verließ den Saal, als sie von anderen Veranstaltungsteilnehmern und Zuschauern als »Mullah« und »Salafistin« beschimpft wurde. Sie hatte als einzige Teilnehmerin eine »zeitgemäße Reform des Islam« für möglich gehalten. Da nützte es auch nichts, dass sie wie die anderen eine strikte Trennung von Religion und Staat forderte.

Die Beschäftigung mit dem Thema Muslimfeindlichkeit begrenzte sich auf einen kurzen Tumult im Saal und dem gemeinsamen Konsens »dass man sich selbiges nicht vorwerfen lasse.« Sowieso

machten »Nazis und Muslime gemeinsame Sache«, argumentierte der Hamburger Student Lukas Mihr. Ergebnis seines Vortrages: Neben Muslimen stellten vor allem Linke mit "ihrer Täter-Opfer-Umkehr" das Übel dar.

Das Problem des Rechtsextremismus, argumentierte der sichtlich aufregte Mihr, sei auch nach den NSU-Morden "nicht besonders groß". Spätestens jetzt nützte der Konferenz auch die beharrliche Distanzierung von rechtspopulistischen »Islamkritikern« nichts mehr: Ein Vortrag, »der das Auditorium geeint hat«, deutete Moderator Volker Panzer den größten Beifall des Tages.

Nur Seyran Ates konnte die Zweifel an ihrer Gläubigkeit am Teestand nicht mehr ausräumen. Sie müsse schnell an Bord einer Dampferfahrt der »Achse des Guten« - ein rechtspopulistisches Islamhasserblog. Dies dürfte dann auch die Damen am Teestand wieder mit ihr versöhnt haben.

Kritische Islamkonferenz unter dem Deckmantel des Dialogs

In der Abschlusserklärung der "Kritischen Islamkonferenz" spiegelt sich das Dilemma wieder, in der Dialog und säkulare Grundwertevermittlung auf Ressentiments und Klischees aufeinandertreffen

In der Abschlusserklärung der diesjährigen "Kritischen Islamkonferenz 2013" (KIK), die in Berlin stattfand, heißt es u.a., dass die Islam- und Integrationsdebatte sich zwischen den Fronten verhärtet hätte. Darin heißt es weiter, dass die "patriarchalen Herrschaftskultur des orthodoxen Islam" nicht zu einer gefährlichen Muslim-Feindlichkeit führen dürfe. Man erkennt an dem einen Satz, der zwar zusammengesetzt ist, aber nicht aus dem Kontext gezogen, dass die Kritische Islamkonferenz an den üblichen Klischees weiterhin arbeitet, festhält und somit Feindbilder pflegt, die entgegen ihrer Präambel, doch zu Ressentiments führen und als Bedrohung verstanden werden.

Bedrohung insofern, dass diesmal die "Islamisten" und "Muslimfeinde" gleichgesetzt werden, man sich so als dritter Betrachter darstellt, sich von "Rassisten" und "Fanatikern" distanziert. Das ist aber nur die oberflächliche Darstellung. Im inneren geht es um handfeste Forderungen, die sich in den Zielen dieser nicht unterscheiden. Desweiteren wird in der Abschlusserklärung eine schleichende Entmündigung konkret umrissen, die mit der Neubewertung der "muslimischen" Beschneidungspraxis anfängt und mit religiösen Erziehungsmethoden aufhört, um so jedes Kind von einer "falschen Bewusstsein"sbildung zu bewahren. Man stelle sich vor, diese Konferenz wäre um die jüdische Gemeinde gegangen... Ein denkwürdiges Demokratieverständnis, angesichts der immer wieder angesprochenen Menschenrechte. Ausserdem wird immer wieder die Verfassungstreue in den Vordergrund gestellt, wird auch suggeriert, dass die muslimische Gemeinschaft, ob geschlossen oder in Gruppen, darüber belehrt, unterrichtet, aufgeklärt und erzogen werden muss. Vor allem die muslimisch-"konservativen Verbände" schneiden dabei schlecht ab und Lale Akgün hat bereits die Antwort parat: der liberale Muslimverein muss her.

In der Formulierung unterscheidet sich die Abschlusserklärung im wesentlichen nicht von den Meinungen radikaler bis extremistischer Gruppierungen im Land, die Alltagsrassismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamphobie schüren, weil die Ziele gleich sind; Entmündigung, infragestellen der Freiheit anderer, infragestellen der verfassungstreue, in einem freiheitlich demokratischen Land, dessen Verfassung maßgebend ist. An Glaubwürdigkeit gewinnt diese Konferenz auch dann nicht, wenn diesmal ausser den bekannten "Islamkritikern" nun auch die Alevitische Gemeinde vertreten ist. Keine einzige muslimische Gemeinde nahm an dieser Konferenz teil, die sich selbst liberal schimpft und freiheitlich-demokratisch bekennt, darunter der Liberal-Islamische Bund, die zwar angefragt wurde, aber ablehnte. Damit offenbart sich das eigentliche Ausmaß dieser Konferenz: ein Sammelsurium von Klischeeverbreitern, die am Islam und an den Muslimen, die nun in "konservativ" zusammengefasst wurden, nichts gutes finden können. Unter diesen Vorraussetzungen, spielte die Kritische Islamkonferenz wie im Jahre 2008, bei islamkritischen Themen nur den hartgesottenen "Kritikern" selbst in die Hand, die seit längerer Zeit auffällig geworden sind, um so die vorherrschende Meinung in der Mehrheitsgesellschaft weiter zu festigen. Schliesslich sorgte man selbst dafür, sich letztendlich doch in die Nähe des Rechtsextremismus zu manövrieren, durch unachtsame Äusserungen und Antworten auf energische Fragen von Journalisten und Kritikern während dieser Konferenz.

Islamkonferenz Starkes Signal

Liberalen Muslime, die sich in erster Linie als freie Bürger, nicht als Vertreter einer Religion sehen, finden sich zu einer „Kritischen Islamkonferenz“ zusammen: ein richtiger Weg.

Es war eine der Erwartungen an die zweite Islamkonferenz des Innenministers, die sich nicht erfüllt haben: dass sie endlich auch liberalen, säkularen Muslimen Gehör verschaffen würde. Stattdessen erschöpfte sich auch diese Veranstaltung in Querelen der orthodox-traditionalistischen bis extremen Verbände, deren Funktionäre ihr Beleidigtsein, ihre Feindbilder und Enttäuschungen wegen nicht erfüllter Maximalforderungen öffentlich pflanzten.

Der Unmut darüber wuchs, allerdings kaum wahrgenommen von der Öffentlichkeit, vor allem in Kreisen nichtorganisierter Muslime und jener Einwanderer, die eigentlich religiös ungebunden sind, aber nach offizieller Lesart qua Herkunft als muslimisch gelten. Ihnen will die „Kritische Islamkonferenz“ nun ein Forum bieten.

Gegen das Monopol orthodoxer Verbände

Wenn es gutgeht, könnte daraus eine informelle Bürgerbewegung entstehen, die sich auch, aber nicht nur mit dem Islam auseinandersetzt, jedoch die von bigotten Islamfunktionären verbissen behauptete ethnische und religiöse Gruppenidentität von vornherein in Frage stellt.

Sie will im Unterschied zur Konferenz des Innenministers dem Staat nichts abhandeln, aber das polarisierende Meinungsmonopol der orthodoxen Verbände aufbrechen. Statt sich weiter an dem schwammigen Begriff „Integration“ abzuarbeiten, will man über Emanzipation streiten, die muslimischen Kindern und vor allem Frauen verbaut wird, weil Kulturrelativismus und falsche Toleranz religiöse Bevormundung und Parallelgesellschaften zementieren.

Zuerst Bürger einer freien Gesellschaft

Freie kritische Geister wie die Soziologin Necla Kelek, die Rechtsanwältin Seyran Ates, die Politikerin Lale Akgün, die Informatikerin Zeliha Dikmen von der „Frankfurter Initiative progressiver Frauen“ oder der Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad sind bisher selten gemeinsam aufgetreten, galten gar als heillos zerstritten. Wenn sie jetzt zum öffentlichen Streitgespräch zusammenkommen, ist das ein starkes Signal.

Sie wollen die starren Fronten aufbrechen, die zur Folge hatten, dass jegliche Islamkritik unter Verdacht geriet und extremistischer Islamismus genauso wie ein kruder Antimuslimismus erstarkten. Es geht darum, dass muslimische Kinder ohne moralisches Diktat einer Religion aufwachsen können, und um die große Mehrheit liberaler Muslime, die sich zuerst als Bürger einer freien Gesellschaft verstehen und sich nicht auf ihre Religiosität reduzieren lassen wollen. Der Koran, Gottes Wort, so der Dissident Hamed Abdel-Samad, sei nicht reformierbar; aber die Haltung vieler Muslime sehr wohl.

Plädoyer für die offene Gesellschaft

Mit der Abschlusserklärung der 2. **Kritischen Islamkonferenz** melden sich erstmals Islamkritiker und liberale Muslime gemeinsam zu Wort

Im Rahmen der „2. Kritischen Islamkonferenz“ fand erstmalig ein offener Dialog zwischen maßgeblichen VertreterInnen der Islamkritik und des liberalen Islam (u.a. Hamed Abdel-Samad, Mina Ahadi, Lale Akgün, Seyran Ates, Yilmaz Kahraman, Necla Kelek, Arzu Toker und Ali Utlu) statt. „Es war ein Experiment auf dünnem Eis, das leicht hätte scheitern können“, sagte gbs-Vorstandssprecher Michael Schmidt-Salomon. „Zeitweilig ging es in den Debatten hoch her, letztlich aber konnten sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Konferenz auf gemeinsame Positionen einigen. Wir hoffen sehr, dass von unserer Konferenz Impulse ausgehen, die dazu führen, dass IslamkritikerInnen und liberale MuslimInnen künftig stärker zusammenarbeiten werden, um der doppelten Bedrohung von Islamismus und Muslimfeindlichkeit entgegenzuwirken.“

In seinem Eröffnungstatement hatte Schmidt-Salomon dafür plädiert, die „alte, gruppenbezogene Integrationspolitik durch eine neue, subjektbezogene Emanzipationspolitik zu ersetzen“. Schließlich gehe es nicht darum, „eine wie auch immer geartete ‚muslimische Kultur‘ in eine wie auch immer geartete ‚deutsche Kultur‘ zu integrieren, sondern den einzelnen Individuen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen“. Dazu sei es notwendig, „die Sprachkompetenz und Bildung der Betroffenen zu fördern, ihnen zu vermitteln, welche Rechte und Pflichten sie in einem modernen Verfassungsstaat besitzen, und alle Formen von Diskriminierung abzubauen, die in Deutschland noch immer existieren.“ Völlig verfehlt sei es hingegen, „festgezurrte ‚kulturelle Identitäten‘ zu stärken, die die Emanzipation des Individuums und das verträgliche Zusammenleben der Menschen eher behindern als fördern. Denn mit einer solchen Politik spielt man nur den Gegnern der offenen Gesellschaft, Islamisten wie Muslimhassern, in die Hände.“

Diese Punkte kamen auch in der Abschlusserklärung zum Tragen, die von Schmidt-Salomon in Absprache mit den ReferentInnen vorformuliert und in der abschließenden Diskussion von den TeilnehmerInnen der Konferenz noch einmal an einigen Stellen überarbeitet und ergänzt wurde. (So wurde auf Anregung des SPD-Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz eine zusätzliche Passage zur „Trennung von Staat und Religion/Kirche“ in die Erklärung aufgenommen). Auch wenn der Begriff der „transkulturellen Gesellschaft“, der auf der Tagung insbesondere von Wolfgang Welsch, Michael Schmidt-Salomon, Lale Akgün und Necla Kelek verteidigt wurde, vereinzelt auf Kritik stieß und sich die Vertreterinnen der Ex-Muslime und der Alevitischen Gemeinde Deutschland der Stimme enthielten, wurde die „Resolution der Kritischen Islamkonferenz 2013“ am Ende mit großer Mehrheit verabschiedet.

Für die Giordano-Bruno-Stiftung, die die Veranstaltung organisierte, war die Konferenz, so Michael Schmidt-Salomon, ein Erfolg, der auch in den Medien überwiegend als solcher wahrgenommen wurde (negative Einschätzungen gab es bislang nur in der „taz“ sowie im „Neuen Deutschland“): „Ich denke, der besondere Wert dieser Konferenz lag vor allem darin, dass sie helfen konnte, Ressentiments abzubauen. Es sollte klargeworden sein, dass es für die politische Debatte nicht entscheidend ist, ob jemand gläubig ist oder nicht. Wichtig ist vielmehr, dass endlich all diejenigen zusammenfinden, die die Selbstbestimmungsrechte des Individuums gegen religiöse oder ideologische Bevormundung verteidigen möchten. Die 2. Kritische Islamkonferenz war ein guter Anfang für eine solche Zusammenarbeit – nicht mehr, aber auch nicht weniger.“

Kritische Islamkonferenz

Gelungenes Experiment auf dünnem Eis

Es war wohl das erste Mal, dass ausgewiesene Religionskritiker mit liberalen Muslimen öffentlich diskutierten. Während es bei der ersten **Kritischen Islamkonferenz** vor allem darum ging, vor einer „falschen Toleranz“ zu warnen, versuchte die diesjährige Tagung, Gemeinsamkeiten zwischen Islamkritikern und liberalen Muslimen herauszuarbeiten. Das war nicht immer einfach.

Anders als es zum Beispiel Fabian Köhler beim [Neuen Deutschland](#) schildert, ging es eben nicht darum, das Trennende zu betonen. Als es am Samstagnachmittag zu einem kurzen Tumult kam, als einige Konferenzteilnehmer Muslimen generell absprachen, liberale Haltungen einnehmen zu können, sah es kurz danach aus, als wäre der Dialog gescheitert. Das war dann aber doch nicht der Fall - und nach einigen klärenden Worten des Vorstandssprechers der Giordano-Bruno-Stiftung, Michael Schmidt-Salomon, gelang es am Folgetag, eine [gemeinsame Abschlusserklärung](#) mit großer Mehrheit zu verabschieden.

Auf dem Weg zu einem zeitgemäßen Islam?

In der ersten Runde diskutierten Hamed Abdel-Samad und die ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete und Autorin Lale Akgün über einen zeitgemäßen Islam. „*Ein zeitgemäßer Islam ist einer, der keine politische Macht mehr hat, der einfach nur ein Teil unter vielen in der Gesellschaft ist.*“ Abdel-Samad verwies darauf, dass es einen grundlegenden Wandel in den islamischen Gesellschaften gibt: weg von den bisherigen Strukturen - hin zu mehr Individualität der jungen Menschen, die sich aus den Familienverbänden lösen. „*Es fehlt jedoch im arabischen Raum an politischen Strukturen, um diese jungen Leute aufzufangen.*“ Deshalb - so Hamed Abdel-Samad - sei das Chaos voraussehbar.

Lale Akgün, die sich selbst als „liberale Muslimin“ vorstellte, kritisierte, dass sie und andere „*in Deutschland keine Stimme*“ haben. Bei der Deutschen Islamkonferenz (DIK) werde diese Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime einfach nicht wahrgenommen. Ein zeitgemäßer Islam ist für sie vor allem ein reformierter Islam. Einer, bei dem in der Sprache der Gläubigen - und nicht auf Arabisch - gepredigt wird; einer, bei der der Mensch und seine Vernunft im Vordergrund stehe. Das Verbot, den Koran zu übersetzen nannte sie „ein Machtmittel“ und es erinnert an die christliche Reformation, wenn sie sagt: „*Gott spricht nicht arabisch; Gott spricht zu den Menschen in ihrer eigenen Sprache.*“

In der anschließenden Podiumsdiskussion stellte Volker Panzer behutsame Fragen und entlockte Lale Akgün die Forderung, Religionsunterricht in den Schulen abzuschaffen. Hamed Abdel-Samad brachte in dieser Runde ein zentrales Problem auf den Punkt: „*Es gibt viele liberale Muslime, aber keinen liberalen Islam.*“

Integration durch Stärkung der religiösen Identität?

Ist es noch angemessen, die in Deutschland lebenden Menschen danach „einzuteilen“, welcher Religion sie sich zugehörig fühlen? Darüber diskutierten die Autorin Necla Kelek, der Islamwissenschaftler und Vertreter der Alevitischen Gemeinde Deutschland, Yilmaz Kahraman, sowie Zeliha Dikmen von der „Frankfurter Initiative progressiver Frauen“.

Kelek ging es in ihrem Vortrag vor allem darum, aufzuzeigen, weshalb die DIK von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Wenn der deutsche Rechtsstaat die islamische Scharia neben dem

deutschen Rechtssystem als gegeben hinnimmt, sieht sie die Zivilgesellschaft gefährdet. *„Die Islamkonferenz hat es versäumt, die Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen als gegeben festzusetzen. Statt dessen hat sie die Scharia als 'Elternrecht' umdefiniert.“*

„Die DIK krankt vor allem daran, dass dort nur eine Minderheit der in Deutschland lebenden rund vier Millionen Muslime vertreten wird“, kritisierte Yilmaz Kahraman. Er hob jedoch hervor, dass - entgegen viel verbreiteter Pressemeldungen - bei der DIK nicht nur über Sicherheitsfragen und Terror gesprochen wurde, sondern auch über Abgrenzung, Diskriminierung und Antisemitismus. Im Vortrag der Diplom-Informatikerin Zeliha Dikman fiel dann das Wort „Ghettoisierung“, als sie über die stadtplanerischen Fehler der letzten Jahrzehnte sprach. Sie berichtete über einen Modellversuch in Frankfurt/M., wo in einem neuen Wohnviertel eine Durchmischung der Bewohner erfolgt ist. Die bisherige strikte Trennung nach dem Geburtsland der Menschen - selbst in der dritten Generation - verhindere eine Integration. Das zeigt sich auch in der Bildung - selbst nach zwanzig Jahren funktioniert in den Schulen die Aus- und Abgrenzung noch immer nach den gleichen Mustern.

Islam, Emanzipation und sexuelle Selbstbestimmung

„Es ist eine Besonderheit des Korans, wie detailliert er sich mit dem Sex beschäftigt.“ Arzu Toker sieht kaum eine Möglichkeit, den Islam dahingehend zu reformieren, dass die Unterwerfung der Frauen unter die Männer aufgehoben wird. *„Das wäre, als wolle man den Nordpol und den Südpol miteinander vereinigen.“*

Anders Seyran Ateş. Die Autorin des Buches *„Der Islam braucht eine sexuelle Revolution“* sieht eine solche Änderung bereits längst im privaten Bereich vollzogen. Woran es noch fehlt, sind *„Moscheen, in denen Frauen Vorbeterinnen sind.“*

Der Politiker Ali Utlu (Piratenpartei) begann seinen Vortrag mit den Worten *„Islam heißt zwar Liebe, aber er fordert den Tod von Menschen, die Menschen ihres eigenen Geschlechts lieben.“*

Homosexualität werde zwar auch in islamischen Ländern gelebt, gilt aber trotzdem als ein „Verbrechen“ und wird in einigen Ländern schwer bestraft.

Islamismus, Antimuslimismus, Fremdenfeindlichkeit

Nachdem sich der kurze, aber heftige Streit um die Frage, ob der Islam verboten gehöre, wieder gelegt hatte, wurde im letzten Punkt des ersten Tages darüber diskutiert, wie sich die obigen Begriffe voneinander abgrenzen lassen. Yilmaz Kahraman und Lukas Mihr zeigten Gemeinsamkeiten zwischen Islamisten und Neonazis auf, wobei Kahraman sich auf den Begriff der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ als Definition des Rassismus berief. Er klärte über die grundlegenden Ideen des Salafismus, der Gülen-Bewegung und Millî Görüş auf.

Lukas Mihr ergänzte dies in seinem Beitrag, indem er die Nähe mancher Extremisten am rechten und linken Rand der Gesellschaft mit den Auffassungen der Islamisten darlegte.

In einer flammenden und emotionalen Rede sprach Mina Ahadi über die Gründe ihrer Ablehnung des Islam und der DIK. *„Solange die deutsche Regierung mit den Islamisten zusammenarbeitet, darf man die Deutsche Islamkonferenz nicht anerkennen!“*

Transkulturelles Lernen in der Schule

Der Sonntag begann mit einem hochrangig besetzten Podium, bei dem über die Möglichkeiten und Chancen des „transkulturellen Lernens“ diskutiert wurde. Der Philosoph Wolfgang Welsch zeigte auf, warum der Begriff der „transkulturellen Gesellschaft“ hilfreich ist, um starren kulturellen Normierungen entgegenzutreten. Er verdeutlichte, dass alle Menschen „kulturelle Mischlinge“ sind und es daher unsinnig wäre, Individuen auf eine spezifische Gruppenidentität festzunageln.

Dem multikulturellen Ansatz wurde damit eine klare Absage erteilt, zielt er doch, wie Necla Kelek sagte, darauf ab, dass „jede Bevölkerungsgruppe hier nur ihre eigene Kultur lebt“ und sich daher von anderen abschotten müsse.

Markus Tiedemann vom Institut für Vergleichene Ethik der FU Berlin wies darauf hin, dass es bei der Bildung vor allem darum geht, „die individuelle Urteilskraft“ der Kinder zu stärken. Hierbei sei ein allgemeinverbindlicher gemeinsamer Ethikunterricht in den Schulen sinnvoll, der die Kinder und Jugendlichen nicht mehr nach ihren jeweiligen Herkunftsfamilien selektiert.

Philipp Möller, Autor des Spiegel-Bestsellers „Isch geh Schulhof“, zeigte auf, dass Kinder und Jugendliche schon sehr früh diskriminierende Denkschablonen erlernen, die möglichst frühzeitig infrage gestellt werden sollten. Die (alevitische) Religionslehrerin Melek Yildiz plädierte dafür, mit den Kindern zu versuchen, in ein „Einvernehmen“ zu kommen, um von Anfang an Ausgrenzungen gar nicht erst zuzulassen.

Allianzen für eine transkulturelle Gesellschaft

Schon als Vorbereitung der Abschlusserklärung wurde in der letzten Diskussion darüber nachgedacht, was die Anwesenden verbindet. Sunay Goldberg von der „Frankfurter Initiative progressiver Frauen“ stellte noch einmal klar, dass die Integrationsdebatte, die in Deutschland geführt wird und geführt werden muss, keine Debatte über Religionen sein sollte. Yilmaz Kahraman bestätigte dies und sprach davon, sich selbst als Angehörigen von vielen verschiedenen Kulturen zu sehen. Aber „es sind immer die Menschen, die die Kultur tragen“. Insofern sind alle Menschen transkulturell.

Lale Akgün forderte eine Änderung der Politik. „In den letzten Jahrzehnten wurde immer nur das Trennende, nie das Verbindende betont.“ Dem stimmte Rolf Schwanitz zu, der darauf verwies, dass ein säkularer Staat zu allen Religionen gleichermaßen Abstand zu wahren habe.

Ali Utlu wehrte sich gegen die „mediale Zwangsislamisierung“: „Ich wurde als Oderwälder, als Hesse, geboren. In der Schule wurde ich 'der Türke' und nach 9/11 dann plötzlich 'der Moslem'.“ Aus solchen Denkschablonen müssten wir ausbrechen, um endlich die Menschen hinter den kulturellen Etikettierungen zu erkennen.

Nachdem es trotz oder vielleicht sogar wegen der vorangegangenen harten Kontroversen unter einzelnen Konferenzteilnehmern gelungen war, eine gemeinsame Abschlusserklärung zu verabschieden, fasste gbs-Sprecher Michael Schmidt-Salomon seine Eindrücke von der Zweiten Kritischen Islamkonferenz folgendermaßen zusammen: „Es war erwartungsgemäß ein hartes Stück Arbeit, letztlich aber war die ‚Kritische Islamkonferenz‘ ein Erfolg! Wir hatten natürlich schon im Vorfeld damit gerechnet, dass es unter den Teilnehmern der Konferenz zu heftigen Diskussionen kommen würde. Ich denke, dass die Konferenz in dieser Hinsicht geholfen hat, Ressentiments abzubauen. Es sollte klargeworden sein, dass für die politische Debatte nicht entscheidend ist, ob jemand gläubig ist oder nicht. Wichtig ist vielmehr, dass diejenigen endlich zusammenfinden, die die Selbstbestimmungsrechte des Individuums gegen religiöse oder ideologische Bevormundung verteidigen möchten. Die Zweite Kritische Islamkonferenz war ein guter Anfang für eine solche Zusammenarbeit – nicht mehr, aber auch nicht weniger.“

3sat Mediathek

[Sendung verpasst](#)

[Sendungen A-Z](#)

[Livestreams](#)

[3sat.de Homepage](#) » [Mediathek](#) » [Sendung: Kulturzeit](#) » [Video: Kritische Islamkonferenz](#)

Video: Kulturzeit

Tipp vom Montag, 13. Mai 2013



Kritische Islamkonferenz

Marco Stahlhut hat die Kritische Islamkonferenz 2013 besucht: Die zweite Kritische Islamkonferenz bot ein Forum für Diskussionen über die Stellung des Islam und anderer Religionen in einer demokratischen Gesellschaft.

01:33min Format: Flash

Qualität: automatisch

[t](#) [f](#) [*](#) empfehlen

[/ Artikel lesen](#)



perlentaucher.de

Das Kulturmagazin

[Home](#)

[Im Ententeich](#)

[Presseschauen](#)

[Bücher](#)

[Kino / TV](#)

[Magazin](#)

14.05.13 | 10:45 Uhr | 2 mal gelesen | So gefunden auf perlentaucher.de

"Anfänge, zumal politische, sind niemals rein", ...

HEUTE IN DEN FEUILLETONS: Filzhaltige Kunstzeichen "Anfänge, zumal politische, sind niemals rein", seufzt Micha Brumlik in der taz mit Blick auf Daniel Cohn-Bendit und Theodor Heuss. In der Welt könnte Hans-Joachim Müller einstimmen - mit Blick auf den Militaristen Joseph Beuys. Wir verlinken auf die Abschlusserklärung der **"Kritischen Islamkonferenz"**, die sich für den Transkulturalismus einsetzt.

Kritische Islamkonferenz

BN vor Ort: Was folgt, wenn sich ein hundertköpfiges atheistisches Publikum zwei Tage lang kritisch mit dem Islam auseinandersetzen möchte? Keine Konsequenzen, könnte man meinen.

Die Giordano-Bruno-Stiftung (*gbs*), die sich nach eigenen Angaben für Humanismus und Aufklärung stark macht, hat am 11. und 12. Mai in das Berliner Auditorium Friedrichstraße zur zweiten Auflage der sogenannten **Kritischen Islamkonferenz** (KIK) geladen. Das Motto lautete „Selbstbestimmung statt Gruppenzwang“. Der durchaus verheißungsvolle Titel stimmte optimistisch, eine brauchbare Alternative zur schmählich gescheiterten offiziellen Deutschen Islamkonferenz (DIK) des Bundesinnenministers zu erwarten.

Eine Alternative zur offiziellen Islamkonferenz?

Die illustren Gäste und vor allem Redner der Veranstaltung, wie etwa [Necla Kelek](#), Hamed Abdel-Samad, [Mina Ahadi](#) oder Seyran Ates, die sehr engagiert für eine radikale Kritik des Islams eintreten, boten weiter Anlass zur Vorfreude. Jedoch: Kann eine Stiftung, die sich der radikalen Zurückdrängung aller (!) Religion und ihrer Einflüsse verschrieben hat, einen positiven Beitrag zum Umgang der wesentlich christlich geprägten Gesellschaft in Deutschland mit dem Islam leisten?

Um es kurz zu machen: Nein. Und das wird nirgendwo deutlicher, als im Untertitel der Konferenz: „Das Projekt der transkulturellen Gesellschaft“. Was unter dieser „transkulturellen Gesellschaft“ genau zu verstehen ist, brachte der *gbs*-Vorstandssprecher Michael Schmidt-Salomon in seinem Einführungsstatement auf den Nenner: „Wir sind alle kulturelle Mischlinge.“ Für Schmidt-Salomon bedeutet das, jeder Mensch sei nicht nur verschiedenen kulturellen Einflüssen ausgesetzt. Es gebe auch keine verbindenden kulturellen Einflüsse, die in irgendeiner Form identitätsstiftend sein könnten. Deshalb sei die offizielle Islamkonferenz von Grund auf gescheitert: „Die deutsche Islam- und Integrationsdebatte krankt daran, dass die Individuen auf religiöse oder ethnische Gruppenidentitäten reduziert werden, was die Emanzipation des Einzelnen behindert und die Entwicklung von Parallelgesellschaften fördert.“

Das Projekt der transkulturellen Gesellschaft

Damit geht Schmidt-Salomon in Opposition zum klassischen Verständnis von Kulturen, das sich am sogenannten „Kugelmodell“ von Johann Gottfried von Herder orientiert. In diesem Modell werden die einzelnen Kulturen als Kugeln und damit als homogene Gebilde verstanden. Das Projekt der „transkulturellen Gesellschaft“ kann also nur funktionieren, wenn diese Homogenität aufgebrochen und die verbindenden kulturellen Elemente einer Gesellschaft geschwächt werden.

Im Umgang mit dem Islam führt ein solches Vorgehen in den kulturellen Selbstmord. Im Gegensatz zu einer „transkulturellen Gesellschaft“ ist der Zusammenhalt innerhalb der islamischen Gemeinschaft, genannt Umma, ausgesprochen hoch. Das eigentlich in diesem Ansatz intendierte Aufeinanderzugehen der einzelnen Kulturen wird so zu einem ziemlich einseitigen Unterfangen. Dass Integrationspolitik, die so funktionieren soll, nicht funktionieren kann, betonte die ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün in einem ihrer zahlreichen Beiträge auf der Konferenz, als sie erklärte: „Deutschland hat ein Problem mit seiner Identität und das wird auf die Migranten übertragen.“

Die Folgerung sollte sich über die Prinzipien der Logik einfach erschließen lassen, denn ein Starker hat nur wenige ihm notwendig erscheinende Gründe, Rücksicht auf Schwache zu nehmen. Dies beweist der Islam überall auf der Welt, wo er sich in der Rolle des zahlenmäßig Stärkeren befindet und wie er die Schwächeren – Frauen, Andersgläubige, Kinder etc. – behandelt. Die Schriftstellerin und politische Journalistin Arzu Toker bezeichnete den Islam in diesem Sinne als „ein totalitäres System, das die Männer anspricht“.

„Verspäteter Faschismus“

Sichtbarstes Zeichen dieses Totalitarismus im Umgang mit den Frauen sei natürlich das Kopftuch. Dieses charakterisierte die Frauenrechtlerin und Rechtsanwältin Seyran Ates nicht nur als „Verstümmelung des Hirns der Frau“, sondern auch als „Flagge der Islamisten“.

Zu der Frage, ob die so verstandene Form des Islam mit der Demokratie vereinbar sei, äußerte die Sozialwissenschaftlerin und Publizistin Necla Kelek (*Die fremde Braut*), dass Islamisten an die einmalige Demokratie zur Machterlangung glaubten. Das hätte sich in allen Ländern gezeigt, in denen islamistische Regime die Macht errungen hatten, zuletzt in Ägypten. Noch massiver bestritt der Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad, der Henryk M. Broder auf seiner [„Deutschlandsafari“](#) begleitet hat, die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie. Der Islam sei die Atombombe, die die Demokratie vernichte. Bei ihm handele es sich um einen „verspäteten Faschismus“. Er bestritt vehement eine Fähigkeit des Islam zur Reform.

Gesellschaftliche Teilhabe statt Integration

Angesichts dieser Meinungen und der bekannten Fakten von verschiedenen Islamkennern über die selbsternannte „Religion des Friedens“ ist zumindest Verwunderung darüber mehr als angebracht, wie das mit dem Projekt der transkulturellen Gesellschaft zusammenpasse. Aufschluss kann die von der KIK verabschiedete [Abschlussklärung](#) geben. Darin wird einerseits zwar versucht, eine „Enttabuisierung der Kritik“ am Islam zu leisten und deutlich zu machen, dass es etwa gegenüber Ehrenmorden oder Zwangsheiraten „keine falsche Toleranz“ geben dürfe. Auf der anderen Seite ist auch zu lesen, dass es nicht darum gehe, „fremde Kulturen in eine wie auch immer geartete deutsche Kultur zu integrieren, sondern den einzelnen Individuen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.“ Der Ton klingt vertraut und könnte auch aus einem Programmpapier der Grünen entnommen worden sein. Das wäre dann Islamkritik von links.

Geht es der *gbs* gar nicht um Islamkritik, sondern nur darum, sie als Mittel dafür zu nutzen, die deutsche Kultur weiter zu schwächen und zurückzudrängen? Damit wäre sie für linke Parteien ein durchaus brauchbares Instrument. Dafür spricht auch eine Äußerung des *gbs*-Sprechers Schmidt-Salomon während der Debatte zur Abschlussklärung. Es sei gar nicht möglich und wünschenswert, die muslimischen Verbände auf das Niveau der christlichen Kirchen in Deutschland zu bringen und deshalb könne die Lösung nur sein, die christlichen Kirchen und den kulturellen Einfluss des Christentums auf das Niveau zurückzudrängen, auf dem sich heute die muslimischen Verbände befänden. Für ihn scheint es also kein Problem zu sein, fast 17 Jahrhunderte Prägung durch das Christentum einfach über den Haufen zu werfen, um Menschen eine Integration in die Bundesrepublik zu erleichtern.

Dabei wurde an mehr als einer Stelle der Konferenz deutlich, dass Integration über die Religion gar nicht funktionieren kann. Unter anderem Sunay Goldberg von der „Frankfurter Initiative progressiver Frauen“ wies darauf hin. Auch die von der DIK betriebene Integrationspolitik hält sie für einen großen Fehler. Denn: Wo hinein sollen Einwanderer in Deutschland denn integriert werden? Es ist eben nicht die Religion, es ist der Staat, dessen Teil sie werden sollen. Und weil es

der Staat ist, dessen Gesetzen sie sich unterordnen müssen, hat eine Religion, die sich mit ihrem Recht über den Staat stellt, in diesem Integrationsprozess keine Berechtigung!

Der Staat ist der Bezugsrahmen, nicht die Religion!

Die Besonderheit des Islams ist eben, dass keine Trennung zwischen Religion und Staat besteht und es damit nur eine Form des Rechts, nämlich die des religiösen gibt. Diese Besonderheit zeigt sich besonders deutlich, wenn Muslimverbände repräsentative Moscheebauten errichten wollen. Mina Ahadi bemerkte, kein „normaler Mensch“ stehe plötzlich auf und wolle eine große Moschee haben. Es seien die „politischen Strömungen im Islam“, die das immer wieder vorantreiben würden. Auf diese „politischen Strömungen“ nun mit eigenen politischen Strömungen zu reagieren, beurteilte die Mehrheit der Konferenzteilnehmer als verfehlt. Es mutet tatsächlich paradox an, dem Islam vorzuwerfen, mit Religion Politik zu machen und sich andererseits auf gleiche Weise dagegen in Stellung zu bringen, wie das etwa „Republikaner“ oder „PRO-Bewegung“ tun.

Trotz aller berechtigten Kritik an der aufgezeigten ideologischen Ausrichtung des Konferenzveranstalters bleibt das kaum zu unterschätzende Verdienst der KIK festzuhalten, der sachlich begründeten Kritik am Islam ein öffentliches Forum gegeben zu haben. In Berlin wurde vergangenes Wochenende ein Schritt zur weiteren Enttabuisierung der Kritik an den gefährlichen Tendenzen dieser Religion geleistet.

Kritische Islamkonferenz 2013

Am vergangenen Wochenende hat die zweite **Kritische Islamkonferenz** in Berlin stattgefunden. Von den Veranstaltern wurde –im Gegensatz zur ersten Kritischen Islamkonferenz 2008 – auf ein Bündnis säkularer und liberaler muslimischer Kräfte orientiert. Die Intention des Aufrufs zur Konferenz – weder die chauvinistische Forderung nach Anpassung an die deutsche Gesellschaft noch diejenige von Multikulturalisten nach Verharren in überkommenen Verhältnissen, sondern nach einem Lernen voneinander, um die Gesellschaft im Sinne der Menschenrechte weiterzuentwickeln – hat ihren Niederschlag in der Abschlusserklärung der Konferenz vom 12. Mai 2013 gefunden.

In der Abschlusserklärung wird auf „das Leitbild der ‘transkulturellen Gesellschaft’, in der jeder Einzelne die Chance erhält, sein Leben im Rahmen einer menschenrechtlich normierten Gesellschaftsordnung autonom zu gestalten“ orientiert. Mit klarer Frontstellung sowohl gegen „Islamisten“ als auch gegen „Muslimfeinde“ wird es als „gemeinsame kulturelle Aufgabe aller hier lebenden Menschen“ begriffen, „diese Gesellschaft im Sinne der universellen Menschenrechte weiterzuentwickeln.“

Die Erklärung wendet sich u.a. „gegen falsche Toleranz“ etwa bei Homophobie, frauen- und fremdenfeindlichen sowie antisemitischen Haltungen, wendet sich gegen islamistische Bestrebungen, plädiert für ein neues Verständnis von „Integrationspolitik“ als „Emanzipationspolitik“ und fordert die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, die weitergehende Trennung von Staat und Religion in Deutschland und die „Wahrung von Kinderrechten“.

Kritische Islamkonferenz [Video]

15.07.2013 · Nr. 16405

Selbstbestimmung statt Gruppenzwang!



Anmeldungen zur KIK / Screenshot

BERLIN. (hpd) Das war das Motto der zweiten **Kritischen Islamkonferenz (KIK)** die vom 10. bis zum 12. Mai in Berlin stattfand und auf der erstmals Islamkritiker zusammen mit liberalen Muslimen eine gemeinsame Resolution gegen den fundamentalistischen Gebrauch von Religion verabschiedeten. Ricarda Hinz hat nun darüber einen sehenswerten Film veröffentlicht.

Unter den Rednern waren u.a.: Hamed Abdel-Samad, Lale Akgün, Mina Ahadi, Seyran Ates, Sunay Goldberg, Yilmaz Kahraman, Neda Kelek, Philipp Möller, Michael Schmidt-Salomon, Rolf Schwanitz, Arzu Toker, Ali Utlu und Wolfgang Welsch.

Die Konferenz wurde von der Giordano-Bruno-Stiftung gemeinsam mit anderen progressiven Kooperationspartnern, wie den Aleviten, Terre des Femmes und fraINfra veranstaltet.



»Die Moschee ist kein Ort der Integration«

Hamed Abdel-Samad hat sowohl an der Islam-Konferenz der Bundesregierung als auch an **der Kritischen Islam-Konferenz** in Berlin teilgenommen. Der deutsch-ägyptische Politologe kritisiert den Einfluss der Islam-Verbände auf Politik, Justiz und Bildung.

Während der politische Islam hierzulande versucht, mehr Einfluss auf die Gesellschaft zu gewinnen, hat er in Ägypten die Macht übernommen. Wie beurteilen Sie die Situation in ihrem Geburtsland?

Zunächst einmal geht es bei den Ereignissen in der arabischen Welt um viel mehr als die Machtübernahme einzelner Parteien. Aus welthistorischer Perspektive sind sehr viel weiter reichende, epochale Prozesse am Werk. Auch in Europa war der Weg zur Demokratie ein langer Prozess. Die damaligen Zeitgenossen werden die Französische Revolution oder die Revolutionswelle von 1848, den sogenannten »Frühling der Völker«, auch nicht unbedingt als besonders positive Ereignisse erlebt haben. Zwei Weltkriege, Faschismus, Auschwitz, vier Jahrzehnte Ost-West-Konflikt – das war ein hoher Preis, den Europa, ja die ganze Welt bezahlt hat, bis man eingesehen hat, dass Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit das beste Modell sind. Die arabische Welt macht diesen Prozess nun ebenfalls durch – mit Verspätung.

An welchem Punkt der Entwicklung zur Demokratie befindet sich Ägypten zur Zeit?

Ich habe das mit dem Bild der »Diktaturzwiebel« zu erklären versucht: Die Diktatur hat mehrere Schichten, man muss sie erst entfernen, um das Potential für Demokratie freizulegen. Die erste Schicht oder Schale ist die Mubarak-Familie, die ist weg, also all diese Clans, ob Ghaddafi, Mubarak, Ben Ali, diese mafiösen Familien an der Spitze des Staates. Die zweite Schicht darunter ist das Militär, man kann das Militär nicht abschaffen, aber man kann die Strukturen demokratisieren. Das braucht allerdings Zeit. Die dritte Schicht ist die religiöse Diktatur, sie ist die hartnäckigste, weil sie einen angeblich göttlichen Auftrag erfüllt. Sie muss durch die Realität entzaubert werden.

Wie könnte das aussehen?

Die Muslimbrüder forderten aus der Opposition, die Banken abzuschaffen, weil der Zins unislamisch sei, sie wollten Alkohol verbieten, wollten, dass der Tourismus islamkonform wird, dass sich die Touristen so kleiden, wie es der Islam vorschreibt und so weiter. Jetzt sind sie an der Macht und können diese Forderungen gar nicht umsetzen, etwa weil sie auf den Tourismus angewiesen sind. Andernfalls haben sie keine Devisen, keine Einkünfte. Die Lizenzierung der Alkoholproduktion wurde sogar erleichtert – man braucht Geld! Wenn man 85 Millionen Menschen in Ägypten oder zehn Millionen in Tunesien ernähren will, dann fragt man nicht: »Ist Gott jetzt zufrieden oder nicht?«, sondern will wissen: »Was können wir machen?« Das ist Pragmatismus. Die Bevölkerung sieht nun, dass die Muslimbrüder auch bloß mit Wasser kochen, und das dies nicht einmal besonders lecker ist. Es ist wichtig, dass die Menschen diese Erfahrung machen.

Ist es also gar nicht so problematisch, dass die Muslimbrüder jetzt an der Macht sind?

Schlimm wäre es, wenn sie an der Macht blieben. Wenn sie zum Beispiel unverdient wirtschaftlichen Erfolg hätten, etwa durch Erdölfunde. Dann ist eine Diktatur möglich, weil die Muslimbrüder ganz eindeutig Antidemokraten sind.

Sie arbeiten gerade an einem neuen Buch mit dem Titel »Der verspätete Faschismus«. Ist die Muslimbrüderschaft zeitgemäßer Faschismus?

Es ist zeitgemäßer Faschismus, der durch gewisse Beschränkungen unserer Zeit nicht in einer Form ausbrechen kann wie die faschistische Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren in Europa. Die Parallelen sind aber offensichtlich. Aber zum Glück sind die Handlungsmöglichkeiten der Muslimbrüder eingeschränkt. Das ist auch der wichtigste Unterschied zu der Iranischen Revolution von 1979. Dort konnten Khomeini und seine Anhänger, die auch eine zeitgemäße Form von Faschismus vertraten, Tausende politische Gegner hinrichten und noch viel mehr einsperren und foltern, ohne dass sich im Ausland oder im Iran selbst größerer Widerstand dagegen geregt hätte. Wenn heute die Muslimbrüder jemanden einsperren wollen, regt sich Protest.

Was macht die Muslimbrüder zu Faschisten?

Es ist die Art, wie sie die Gesellschaft ideologisch verändern wollen, wie sie die Weltherrschaft anstreben, und die rassistischen Züge, die sie haben. Antisemitismus ist bei den Muslimbrüdern ein großes Thema, er ist integraler Bestandteil ihrer Ideologie. Nicht umsonst war ihr Gründer, Hassan al-Banna, in den dreißiger Jahren ein großer Fan des europäischen Faschismus. Die Muslimbrüder glauben nicht nur generell an die Überlegenheit der islamischen Kultur, sondern auch an ihre eigene Überlegenheit über den Rest der muslimischen Bevölkerung. Das ist vergleichbar mit der Mischung von Rassenideologie und politischer Kampfpartei im Nationalsozialismus. Nur Angehörige dieser Gruppe haben das Recht, über andere zu herrschen. Natürlich ist eine weitere wichtige Parallele die Gewalt gegen politische Gegner und die Diffamierung der Opposition, der Umgang mit Medien und Justiz und der Glaube an eine Weltverschwörung gegen den Islam.

Mit der SPD-Politikerin Lale Akgün haben Sie auf der Kritischen Islam-Konferenz über die Möglichkeiten eines »liberalen Islam« diskutiert. Akgün hat sich für die Stärkung der politischen Position von liberalen Muslimen gegenüber den konservativen islamischen Verbänden in Deutschland eingesetzt. Sie entgegnen, dass sich nur die Muslime, nicht der Islam liberalisieren könnten.

Unter einem »liberalen Islam« stelle ich mir einen »unsichtbaren Islam« vor. Wenn aber irgendjemand kommt und sagt: »Ich vertrete einen liberalen Islam«, dann will er politische Ziele erreichen. Ich spreche daher lieber von »Islam light«. Islam light bedeutet Islam ohne Sharia, ohne Geschlechterapartheid, keine Einmischung in die Politik und in die Gesetzgebung. Das ist möglich. Ich behaupte sogar, die Mehrheit der Muslime in Deutschland leben diesen »Islam light«. Sie bringen das weder mit dem Grundgesetz noch mit den Normen der Gesellschaft in Widerspruch. Sie leben ihre Religion zu Hause oder in der Moschee. Dagegen habe ich nichts. Mein Problem ist der Islam, der unter welchem Deckmantel auch immer versucht, sich in die politische Debatte einzumischen, um auf Politik, Justiz und Bildung Einfluss zu nehmen. Das versuchen die Verbände. Auch wenn irgendwer behauptet, dies nach einem »liberalem Ansatz« tun zu wollen, widerspreche ich. Die Religion hat in diesen Bereichen nichts zu suchen.

Was sollte stattdessen geschehen?

Die Moschee ist kein Ort der Integration, deshalb sollte dieser Ort auch in der Debatte um die Integration keine politische Rolle spielen, so wie er in der Politik generell nichts verloren hat.

Schule und Arbeitsplatz sind Orte der Integration, aber die Moschee ist sehr oft ein Ort der Segregation. Es gibt viele Muslime, die liberal sind, aber ich mag diese Bezeichnung »liberale« und »moderate Muslime« nicht.

Sie nehmen nicht nur an der Kritischen Islam-Konferenz teil, sondern auch an der Deutschen Islam-Konferenz der Bundesregierung, auf der konservative Verbandsmuslime vertreten sind.

Ich sehe die Kritische Islam-Konferenz nicht als Gegenveranstaltung zur Deutschen Islam-Konferenz, eher als »komplementär«. Ich trage auf beiden Konferenzen dieselben Themen vor: Menschenrechte, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Bekämpfung von gesellschaftlicher Polarisierung jeglicher Art, das heißt von der Radikalisierung von jungen Muslimen bis zur Bekämpfung von antimuslimischen Tendenzen. Mein Ansatz ist: weg von »Integration« und hin zu »Emanzipation«, Emanzipation der Individuen, der Muslime als Individuen.

Worin besteht die komplementäre Rolle der Kritischen Islam-Konferenz für Sie?

Auf der Kritischen Islam-Konferenz behandeln wir die Themen nicht gruppenbezogen, sondern betrachten Muslime als Einzelpersonen, als Individuen, die alle Rechte, aber auch alle Pflichten in dieser Gesellschaft haben sollen. Wir glauben nicht, dass Integration dadurch gelingt, dass man religiöse Identitäten stärkt, Religionsunterricht und staatliche Imamausbildung durchführt. Das ist eine theologische, bildungstechnische Angelegenheit, die mit der Gesamtintegration der Muslime wenig zu tun hat. Integration hat etwas mit Zugang zum Arbeitsmarkt und mit Gleichberechtigung zu tun. Das sind die Probleme, dass nämlich keine Strukturen existieren, um Muslimen den gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen wie den Angehörigen anderer Bevölkerungsgruppen. Aber auch die Familien und die Verbände hindern die Muslime daran, tatsächlich an dieser Gesellschaft teilzuhaben.

Was ist positiv an der Deutschen Islam-Konferenz?

Es ist wirklich etwas Einzigartiges, dass man Schiiten, Sunniten, Aleviten, junge, alte Muslime, konservative, liberale und islamkritische Muslime an einen Tisch bekommt. Das gibt es nirgendwo auf der Welt, und hier wurde in den vergangenen sechs Jahren wirklich ein Prozess durchgemacht. Es sind viele sehr gute Projekte, zum Beispiel zur Bekämpfung des Antisemitismus unter jungen Muslimen, daraus hervorgegangen. Das Thema Geschlechterrollen wird jetzt kontrovers in den Islamverbänden diskutiert.

An welchen Punkt würden Sie widersprechen?

Es ist nicht richtig, dass die Islamverbände auf den Religionsunterricht ein Monopol bekommen und bestimmen, welche Richtung der Theologie den Kindern in der Schule beigebracht wird. Sie haben weder die Kompetenzen noch die ausgebildeten Theologen und Wissenschaftler, aber sie haben das Mitspracherecht. Ich bin absolut gegen den konfessionsbezogenen Religionsunterricht. Religionskunde und Länderkunde sind völlig in Ordnung, das soll man neutral lehren und keine Glaubensinhalte vermitteln. Der Staat sollte sich da, nicht nur in Bezug auf den muslimischen Religionsunterricht, zurückziehen. Es sollte nicht Aufgabe des Staates sein, den Kindern beizubringen, an was sie zu glauben haben.

Plädoyers für einen zeitgemäßen und liberalen Islam

Die Positionen der **Kritischen Islamkonferenz**

Neben der Deutschen Islam Konferenz und der Jungen Islamkonferenz gibt es jetzt in der Bundesrepublik auch die **Kritische Islamkonferenz**. In ihr haben sich Muslime und auch Ex-Muslime zusammengeschlossen, die einen modernen und liberalen Islam einfordern.

"Ich sage immer, dass es keine islamische Revolution ist, aber auch keine Revolution gegen die Revolution ist. Das ist eine Religion, die trotz der Revolution zustande gekommen ist. Es ist keine französische Revolution, wo die Menschen sich abkapseln von der Religion. Aber es ist auch keine iranische Revolution, wo die Islamisten gleich danach eine Theokratie zustande bringen können. Die Welt funktioniert heute Gott sein Dank anders."

Der deutsch-ägyptische Politologe Hamed Abdel Samad hält es für dramatisch, dass die islamistischen Parteien etwa in Ägypten die Wahlen gewinnen, obwohl sie alles andere als Träger der Revolution waren und sind. Die meisten jungen Araber wollten die Moderne und nicht religiösen Konservatismus, meint Hamed Abdel Samad.

"Ich war in Kairo, habe einen jungen Mann getroffen, 21 Jahre alt, bekennender Atheist, obwohl er an Al-Azhar-Universität studiert, die religiöse Universität, das Zentrum des sunnitischen Islams. Und er erfuhr, dass in einer Moschee in Alt-Kairo die Muslimbrüder eine Veranstaltung planen, wo sie über den Atheismus aufklären wollen. Und dieser junge Mann hat seine atheistischen Freunde auf Facebook kontaktiert und gesagt, gehen wir mal hin und versuchen wir mal mit denen zu diskutieren. Und sie dachten, sie werden drei oder vier Leute sein. Aber dann haben sie in der Moschee gemerkt, dass sie in der Mehrheit waren. Und dieser Imam war perplex, dass er festgestellt hat, dass viele unter den Atheisten ein Kopftuch tragen."

Auch in Deutschland seien die Muslime weit weniger traditionell und religiös konservativ eingestellt, als es die in der Öffentlichkeit auftretenden muslimischen Verbände vermuten lassen, meint die türkischstämmige SPD-Politikerin Lale Akgün.

"Die Alternative zum gängigen Islam kann nicht die Ablehnung des Islam sein, jedenfalls nicht für mich und Millionen gläubiger Muslime. Nein, die Alternative kann nur ein liberaler Islam sein, denn die Muslime hadern nicht mit ihrer Religion, sie hadern mit der Auslegung des Islam mit den Altvorden."

Zwar sei die Mehrheit der Muslime liberal und modern eingestellt, aber kaum organisiert. Die Konservativen aber beherrschten die Verbände wie den Zentralrat der Muslime oder den Islamrat, die zusammen aber höchstens 20 Prozent aller Muslime in Deutschland repräsentieren würden. Ihnen werde zu viel Macht eingeräumt. Ausdrücklich begrüßt Akgün etwa die Einrichtung islamisch theologischer Fakultäten in Deutschland. Sie warnt aber, dass in den Beiräten zur islamischen Religionslehrausbildung die muslimischen Verbände zu viel Einfluss haben. Das sehe man zum Beispiel an den letztmaligen Angriffen auf den liberalen Hochschullehrer Mouhanad Khorchide in Münster.

"Und ich sehe, wie der angegriffen wird, wenn er die orthodoxe Linie verlässt. Nur weil er sagt, dass die Gesetzestexte des Koran zeitgebundene Texte sind und in einem modernen Rechtsstaat eine

zeitgemäße Interpretation einfordert. Wer den islamischen Verbänden auf die Füße tritt, wird mundtot gemacht. Religionslehrer sollten aber nicht zu einem Kadavergehorsam erziehen, sondern dazu, sich kritisch mit den Gottesbildern auseinanderzusetzen."

Dagegen müsse man die liberalen und modernen Kräfte stärken, die an einer historisch-kritischen Koranauslegung interessiert sind. Ein Vorbild könnte dabei die so genannte Ankara-Schule sein.

"Deren ehemalige Dekanin, Professor Dr. Bilgin scheut sich nicht, sogar die fünf Säulen des Islam zu hinterfragen, sie somit auf den Prüfstand zu stellen. Beten, ja, aber wie oft? Fasten, ja, aber wann? Pilgern, ist es nötig? Von islamischen Verbänden in Deutschland hingegen werden sie als unveränderbar und sakrosankt betrachtet. Auf den Prüfstand stellen heißt nicht abstellen, sondern überprüfen, ob ein Glaubensgrundsatz noch zeitgemäß ist und den ursprünglich angedachten Zweck noch erfüllt."

Es reiche eben nicht, den Koran nur auswendig zu lernen und auf Arabisch rezitieren zu können. Man müsse den Koran auch verstehen können, um über ihn diskutieren zu können. Dagegen dürfe man die Deutungshoheit nicht den Konservativen und Orthodoxen überlassen, meint die liberale Muslima Lale Akgün.

"Glaube ist aber mehr als Gebete nachzusprechen und Riten nachzukommen. Die konservativen und traditionalistischen Muslime aber halten die Gläubigen genau dazu an und indem sie das tun, halten sie die Menschen vom richtigen Verständnis des Korans ab. Die Konservativen sagen, die Muslime sollen den Koran nur rezitieren und nur auf Arabisch, weil arabisch angeblich die Sprache Gottes ist. Gott spricht aber nicht arabisch. Gott spricht überhaupt keine menschliche Sprache. Sprache sind Kommunikationssysteme von Menschen, um miteinander in Kontakt zu treten. Für die Offenbarung Gottes ist nicht eine bestimmte Sprache entscheidend, sondern es sind die inhaltlichen Botschaften. Der Koran kann, nein er muss in die Muttersprachen der Gläubigen übersetzt werden."

Daher sei es Aufgabe der Gläubigen, sich um die eigene Bildung zu kümmern. Gerade da gebe es aber in vielen muslimischen Familien Defizite, mahnt die deutschtürkische Sozialwissenschaftlerin Necla Kelek.

"Ich finde, dass zu viele Eltern muslimischer Familien glauben, sie haben die Pflicht ihre Kinder nach dem Gebot Allahs zu erziehen und die Bildung muss aber von Deutschen kommen und wenn das scheitert, ist die Gesellschaft schuld. Also ich gebe mein Kind ab und es kommt als Arzt zurück, was dazwischen passiert ist, damit habe ich überhaupt nichts zu tun. Also ich habe in den Schulen gemerkt, wie wenig die Eltern eine Rolle spielen. Auch dass die Lehrer irgendwann aufgegeben haben die Eltern einzuladen, weil sie nicht kommen."

Muslime müssen nicht nur ihre gesellschaftliche Verantwortung in Bildungsdingen wahrnehmen. Vor allem müssten sie in einem modernen Rechtsstaat akzeptieren, dass es auch ein Recht auf Nicht-Glauben geben muss. Dagegen entwickle sich in Deutschland seit geraumer Zeit eine konservative Gegenströmung, mahnt Lale Akgün.

"Multiplikatoren, also Lehrer, Sozialarbeiter, Kita-Mitarbeiter, Ärzte erzählen mir, dass jetzt eine konservative Strömung da ist, die es so vor etwa 20 Jahren unter Muslimen in Deutschland noch nicht gegeben hat. Sie befürchten, dass die Gesellschaft auseinanderbricht, dass eine Gruppe heranwächst, die sagen, mit Ungläubigen wollen wir nichts zu tun haben."

Für konservative Muslime scheint es immer noch unerträglich zu sein, dass sich ehemalige

Glaubensgeschwister demonstrativ von ihrem Glauben abwenden. Da gebe es also noch viel Bedarf für demokratische Aufklärungsarbeit, weiß die gebürtige Iranerin Mina Ahadi, Vorsitzende des Zentralrates der Ex-Muslime Deutschland.

"Religion verlassen sollte in elementares Menschenrecht und erlaubt sein. Aber ist nicht der Fall. Als wir den Zentralrat der Ex-Muslime gegründet haben, Polizei war bei mir und Personenschutz. Das war für mich ein großer Schock. Wieso können wir uns in Deutschland nicht als Atheisten repräsentieren? Was ist hier los, und ich habe sechs bis sieben Monate 100 Prozent Personenschutz bekommen und hunderte Hass-E-mails, du wirst einen Unfall haben oder wir werden dich schießen. Also es gibt ein Problem."